Nr. 31. 12. Jahrgang. Hamburg, 31. Juli 1904.

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags. Abonnementspreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeld. Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg; für die Expedition und den Anzeigenteil: H. Stubbe, Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Fruchtallee 79/81.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 ₰. Vergnügungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 ₰, Versammlungsanzeigen 10 ₰. Beilagen nach Uebereinkunft.

Ehrenpflicht der Kollegen ist es, den Zuzug streng fernzuhalten nach Bremerhaven, Lehe, Geestemünde und Bremen, woselbst unsere Kollegen ausgesperrt sind; ferner nach Eilenburg, Landsberg a. d. W. und Offenbach a. M., wo die Kollegen seit Monaten im Kampf stehen.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mitteilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperrt!

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern nach Osnabrück, Prag, Eilenburg, Offenbach, Oldesloe (Combühr), Markirch im Els., Paderborn, Cottbus, Treuenbrietzen (Ed. Weber und Krojank), Stuttgart (Eisteiter & Siegloch, H. Klump, W. Schillinger & K. Schillinger), Dresden und Umgegend, Colmar i. Els., Halberstadt, Rostock, Aschaffenburg, Emden, Olbernhau (Paul und Gustav Reuter);

Möbeltischlern und Polterern nach Wald, Rheinland (F. Hammacher & Söhne);

Tischlern und Maschinenarbeitern nach Bonn (H. Mehlen);

Tischlern, Drechslern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Landsberg a. d. Warthe, Frankfurt am Main (Dr. Krügener), Markirch i. Els.;

Tischlern und Stellmachern nach Lippstadt;

Tischlern, Drechslern, Holzbildhauern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Langenöls (Firma Schles. Holzindustriegesellschaft vorm. Ruschewey & Schmidt);

Korbmachern nach Hamburg, Stubben (Ziegast), Lorstedt (Kairath), Sellstedt (Allermann, Schröder & Misch), Mühlberg a. d. E., Rheinfelden (Voelmy), Bielefeld und Herford (Firma C. W. Bock);

Orgelbauern und Klavierarbeitern nach Berlin (Pianofabrik von Gast, Frankfurter Allee 117a);

Korkschneidern nach Bielefeld (Münster & Fischer);

Stockarbeitern nach Brüssel (de Smet).

Für die „nützlichen Elemente".

Seit die Gewerkschaftsbewegung nach dem Fall des Sozialistengesetzes wieder etwas auflebte, hat es nicht an Leuten gefehlt, die den dringlichsten Herzenswunsch hatten, daß jene für die Anhäufung von Unternehmerprofit so herrlich gewesene Zeit recht bald wiederkehren möchte. War es doch allgemein, daß in bezug auf rigoroses Vorgehen gar kein Unterschied gemacht wurde zwischen einer politischen Arbeiterbewegung und einer gewerkschaftlichen Organisation; beide wurden verboten, beide schikaniert, beiden die Existenzberechtigung aberkannt. Wenn auch bei Erlaß des Sozialistengesetzes feierlichst erklärt wurde, daß man beileibe nicht die gewerkschaftlichen Organisationen treffen wolle, so wurden nichtsdestoweniger alle mit einigen Ausnahmen aufgelöst, nicht etwa wirklich vorhandener politischer oder „umstürzlerischer" Tendenzen wegen, die diese Fachvereine gar nicht hatten, sondern weil befürchtet wurde, diese Gewerkschaften, obgleich sie nicht über 50 000 Mitglieder zählten, könnten dem Unternehmerprofit infolge Streiks — hinter denen angeblich „die Hydra der Revolution lauere" — gefährlich werden. Als trotz aller Verbote, Schikane, Verurteilungen 2c. dennoch Streiks geführt wurden, wenn auch nur solche, geringeren Umfanges und trotzdem auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Paris 1889 die Maifeier als Demonstration für die Erringung des Achtstundentages beschlossen wurde, galt es in den Kreisen der Besitzenden und der Unternehmer als eine ganz selbstverständliche Pflicht des Staates, daß er mit noch größerer Schneidigkeit das Sozialistengesetz handhabe. Aber o Schreck! Mit dem Sturze des Blut- und Eisenmannes und Hausmeiers Bismarck fiel auch sein Werk, das Schandgesetz vom Oktober 1878. Wut und Empörung erfaßte das Unternehmertum. Wie konnte der Staat aber auch sie, die Stützen von Thron und Altar, schutzlos der freigewordenen Meute ausliefern! — Also Selbsthülfe war das nächstliegende Zaubermittel, um „der Macht der internationalen Gewerkschaften einen wirksamen Damm entgegenzusetzen". Es kam überall zu örtlichen Gründungen von Arbeitgeberverbänden, von denen der in Hamburg-Altona der erste und der mächtigste war. Dr. jur. Alfred v. Kuhlo sagt von ihm, daß er so stark ist, „daß es den Arbeitern jetzt kaum mehr gelingen dürfte, dort einen Streik vom Zaune zu brechen und mit Erfolg durchzuführen". Wir lassen beides unerörtert, weil seit der Gründung jenes Verbandes noch kein Streik in Hamburg vom Zaun gebrochen ist und zum anderen die Erfolglosigkeit durchaus nicht immer auf die Macht des Arbeitgeberverbandes, sondern wie bei dem von Kuhlo angezogenen großen Hafenarbeiterstreik auf Naturereinflüsse zurückzuführen war.

Wenn es in den letzten zehn Jahren zu Gründungen von Arbeitgeberorganisationen kam, so nicht durch die eigene Initiative der Arbeitgeber. Sie haben immer eine Reihe von Helfern und Helfershelfern aus den sogenannten gebildeten Ständen gefunden, die aus grundsätzlicher Abneigung gegen den Arbeiterstand sich zur Bekämpfung und Beschimpfung desselben dem Unternehmertum — für baares Geld natürlich — zur Verfügung stellten. Wir erinnern nur an den ungarischen Juden Schweinburg, der seit Jahren im Stummschen Organ, den „Berliner Politischen Nachrichten", die Arbeiter mit Kot beworfen hat. Eine ganze Reihe berufsmäßiger Schriftsteller mit und ohne Doktortitel, hat sich in den Dienst des Unternehmertums gestellt, teils als Redakteure, teils als gelegentliche Mitarbeiter, um der Gewerkschaftsbewegung Steine in den Weg zu tragen. Gibt es doch sogar Innungen, die ohne einen „Doktor" ihre Geschäfte gar nicht erledigen können und Unternehmerorgane einzelner Berufe, die sich einen Akademiker — natürlich einen „Doktor" — zugelegt haben, zu dem Zwecke, die Gewerkschaften mit akademischer Eleganz tot zu schreiben.

Kann man es noch begreiflich finden, daß der große Ueberschuß an akademisch gebildeten Leuten einen Unterschlupf in den gut zahlenden Unternehmerorganen sucht, so ist es aber unverständlich, daß Militärs höheren und hohen Grades sich in den Dienst des Unternehmertums stellen, um die Arbeiter- bezw. Gewerkschaftsbewegung umbringen zu helfen. Es ist zwar nichts Neues, daß gelegentlich hier und dort einmal eine von Sachkenntnis nicht getrübte Aeußerung über die Arbeiterbewegung getan wird, daß aber auch Broschüren und Bücher von hochgestellten Militärs gegen die um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen sich mühenden und kämpfenden Arbeiter geschrieben werden, ist der Neuzeit vorbehalten geblieben. So war es vor kurzem ein Generallieutenant z. D. A. v. Boguslawski der wider die Sozialdemokratie unter der Devise „Nicht Rede — aber Fehde", wohl aus anerzogener Vorliebe für den Streit, zu Felde zog und jetzt ist es ein Generalmajor z. D. F. v. Jagwitz, der sich seine Lorbeeren in der Abschlachtung der Gewerkschaften verdienen will dadurch, daß er sich als freiwilliger Kommissar denen zur Mithülfe anbietet, die das Koalitionsrecht der Arbeiter, durch ein neues Gesetz „zum Schutze der Arbeitswilligen" beseitigen wollen. Bekanntlich ist im Reichstage von den reichsparteilichen Mitgliedern Dierksen und Genossen folgender Antrag eingebracht worden:

Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen um baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, durch den im Interesse der Aufrechterhaltung der Rechtsordnung bei gewerblichen Lohn- und Arbeitskämpfen die Arbeitswilligen wirksamer wie bisher gegen Bedrohungen, Gewalttätigkeiten und Zwang geschützt werden.

Der Generalmajor bezeichnete es als ein besonderes Verdienst der Reichsparteiler, daß sie den Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht mit Worten, sondern mit Taten aufnehmen wollen; er, der Generalmajor, glaubt, dieser „guten Sache damit zu dienen", daß er ein Kapital aus seinem in Arbeit befindlichen Buche über die ausländische Gesetzgebung zum Schutze der Arbeitswilligen schon jetzt veröffentlicht, um den deutschen Bourgeois zu zeigen, daß eine Gesetzgebung zum Schutze der Arbeitswilligen nicht etwa eine „außergewöhnliche Forderung sei, die unserer modernen Gesellschaftsordnung und der Entwicklung der Arbeiterfrage nicht mehr entspräche". Er versichert, daß er ein warmer Freund des Arbeiterstandes und seiner berechtigten Forderungen ist — aber gerade aus diesem Grunde, so sagt der Generalmajor, „halte ich die Bekämpfung der Sozialdemokratie, die gar keine Arbeiterpartei ist, sondern die Arbeiter nur mißbraucht, um sie in dem Kampf um die politische Macht vorzuschieben und sie die Kriegskosten zahlen zu lassen für eine ernste staatsbürgerliche Pflicht".

So oft nun schon die Behauptung zurückgewiesen ist, daß die Sozialdemokratie als Partei mit den Streiks, mit Streikposten und was damit zusammenhängt nichts, aber auch rein garnichts zu tun hat, das vielmehr ganz und gar Sache der Gewerkschaften ist, so kehrt doch dieselbe Phrase immer wieder, daß die Sozialdemokratie die Streiks mache und führe. Mit dem roten Gespenst scheint auch der Generalmajor Reklame für sein noch ungeschriebenes Buch machen zu wollen.

Wir haben nichts dagegen, daß, wenn dem Manne die nach unserer Meinung sehr unproduktive und unnütze Kanonenfutter-Drillarbeit nicht mehr behagt, er sich andere, kulturförderlichere Arbeit sucht, daß er sich aber auf ein Gebiet begibt, von dem er auch nicht die blasseste Ahnung hat, gar nichts davon versteht, ist mindestens sehr gewagt, wenn heutzutage nicht gerade mehr neu. Militär ist heute Trumpf, Militär kann alles. Heute Kavalleriegeneral, morgen Postminister, nach kurzer Zeit Eisenbahn- oder Landwirtschaftsminister, alles ohne Befähigungsnachweis. Warum soll ein Generalmajor nicht über die Sozialdemokratie schimpfen können, wenn er sie sonst auch nicht kennt, vielleicht noch nie eine von Sozialdemokraten geschriebene Broschüre über die Bestrebungen und die Ziele der Sozialdemokratie gelesen hat. Ein Generalmajor hat das auch nicht nötig; als einer der erstklassigen Menschen genügt ihm, wenn er weiß, daß die Sozialdemokratie ihre Anhänger zu 9/10 im Arbeiterstande hat, und daß diese 9/10 auch zum allergrößten Teile in gewerkschaftlichen Berufsorganisationen als Mitglieder zu finden sind, ergo dann Sozialdemokraten sind. Und wenn diese gewerkschaftlich organisierten sozialdemokratischen Anhänger Forderungen auf Verbesserung ihrer Lebenslage stellen, tun sie dies nach dem Herrn Generalmajor selbstverständlich nur als Sozialdemokraten.

Der Kampf, den er führen will, richtet sich beileibe nicht gegen die Arbeiter, nein, bewahre — er ist ja ein „warmer Freund der Arbeiter", sondern gegen die Sozialdemokratie, die sich zu neun Zehntel aus Arbeitern zusammensetzt. Er, als warmer Freund der Arbeiter — daß er das ist, will er auf den noch unbeschriebenen Seiten seines Buches beweisen —

müßte doch gerade ihre Bestrebungen, die auf die Erlangung höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit und infolgedessen auf eine bessere, menschenwürdigere Lebenshaltung abzielen, nach allen Kräften unterstützen, ihnen die Bahn freimachen helfen, indem er alle Säumigen zu gemeinsamer Arbeit, zu einem einheitlichen Vorgehen ermuntert, den Arbeitgebern plausibel macht, daß höhere Löhne die Leistungsfähigkeit der Arbeiter steigern und durch sie die Konkurrenzfähigkeit der Industrie gefördert wird usw. Es müßte seine Aufgabe als „warmer Freund der Arbeiter" sein, die Unternehmer und den Staat von der hohen kulturellen Bedeutung einer Bewegung zu überzeugen, die einen ganzen nach Millionen zählenden Stand auf ein höheres Niveau bringen und eine Versumpfung und körperliche und geistige Degeneration verhüten will. Er sollte dafür eintreten, daß solchen kulturfördernden Organisationen die unbeschränkte Koalitionsfreiheit gewährt und bei weiterer Erstarkung Streiks dadurch vermieden würden, daß auf gütlichem Wege Vereinbarungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu stande kämen, die nicht nur den wirtschaftlichen Frieden sichern, sondern auch die wirtschaftliche und geistige Hebung des Arbeiterstandes ermöglichen.

Das zu tun fällt dem „warmen" Arbeiterfreund aber gar nicht ein, im Gegenteil, er fordert vom Staate, daß er gegen die von uns bezeichnete Bewegung durchschlagende Mittel ergreift um sie niederzuhalten, dadurch, daß er entweder Ausnahmegesetze schafft, oder die betreffenden Paragraphen der Gewerbeordnung verschärft oder eine Verschärfung durch das Strafgesetzbuch herbeiführt. Er geht dem Staate dabei hülfreich an die Hand, indem er die reaktionärsten Gesetzesbestimmungen des Auslandes aufzählt und sie den deutschen Gesetzgebern gewissermaßen zur Nachahmung präsentiert — zum Schutze der Arbeitswilligen. Der „warme Freund", der — Arbeiter weiß dann von „anfallen", „schmähen" und „prügeln" auf einem Bau in Breslau im Mai 1898 zu erzählen, er will angetrunkene herumlungernde Maurer gesehen haben, die die Arbeitswilligen nach dem vom Reichskanzler zitierten Rezept: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein", „friedlich überredet" haben; der Bauplatz soll gestürmt, die Einfriedigung zerstört, die Baubude erbrochen, die Papiere und Akten zerrissen und zerstört worden sein. Mit dieser schaurigen Erzählung, die mancher derjenigen ähnlich sieht, die seinerzeit zur Begründung des Arbeitswilligenschutzgesetzes zusammengelogen sind, will der „warme Freund der Arbeiter" die Notwendigkeit eines Ausnahmegesetzes gegen die Gewerkschaften — er sagt natürlich gegen die Sozialdemokraten — begründen! Das ist stark.

Am Schlusse seines angefangenen Buches gibt der Generalmajor der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn die Regierung den von ihm vorgeschlagenen Weg geht, sie im Reichstage eine Mehrheit finden werde, allerdings müsse die Regierung „den festen Willen zeigen". Erst dann, wenn ein solches Gesetz durchgesetzt ist — so deduziert der warme Generalmajor — „wird der Weg frei sein für weitere soziale Reformen, ohne daß man zu fürchten braucht, durch weiteres Fortschreiten auf demselben die Macht der Sozialdemokratie weiter zu stärken, durch welche der Arbeiter in dem schweren Kampf um das Dasein nicht nur das Selbstbestimmungsrecht, sondern auch den Glauben an die höchsten Güter der Menschheit verloren hat!"

Natürlich, wenn man die Arbeiterbewegung durch Ausnahmegesetze niedergeknüppelt hat, dann will man sie mit sozialen Reformen wieder versöhnen. Die Arbeiter kennen ihre Pappenheimer nur zu gut, Leute, die den traurigen Mut haben, der Regierung Gewaltmaßregeln gegen sie anzuraten und sich trotzdem als warme Freunde der Arbeiter zu bezeichnen, haben auf ihre Achtung keinen Anspruch. Herr Generalmajor z. D. v. Jagwitz mag sich die Finger wund schreiben, eine Kulturbewegung wie die, welche in der Sozialdemokratie und in der Gewerkschaftsbewegung verkörpert ist, läßt sich nicht totschreiben, nicht totreden, auch nicht totschlagen. Sie wird weiterleben und sich auswachsen zum Wohle der Arbeiterklasse und der gesamten Menschheit. Die Heuchelei und Niedertracht ihrer Feinde wird sie auf dem Wege zu diesem Ziele nicht stören. Sie wird das Ziel erreichen auch trotz der „Fürsorge" der „warmen Arbeiterfreunde" vom Schlage der „erstklassigen" Menschen, die zu glauben vermeinen, daß die Welt und die Arbeiter sich nur um sie drehen. Die deutschen Arbeiter pfeifen auf die „Mithülfe" solcher „Freunde", sie werden ihren Weg schon selber finden, sich aber auch gegen die Heuchelei und Niedertracht solcher „Freunde" zu wehren wissen.

Fünfter Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Der diesjährige Kongreß der christlichen Gewerkschaften, der in Essen stattfand, zerfiel in drei Teile. Am Sonntag waren am Abend wie am Morgen große Versammlungen, die die ultramontane Presse in Essen als „Heerschau" bezeichnete. In diesen Versammlungen wurde viel in guter Gesinnung gemacht; die Führer, die dort zu Wort kamen, bemühten sich angelegentlichst, sich und ihr Gefolge als die bewährten Stützen von Tron und Altar, als die Hüter von Ordnung und Sitte zu empfehlen.

In seiner Rede über die Gleichberechtigung der Arbeiter meinte Herr Schiffer-Crefeld: „Standesunterschiede bestanden immer und werden immer bestehen; sie sind notwendig zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung. So strebt der kluge und charaktervolle Mann nicht nach Verwischung der Standesunterschiede, sondern nach Wahrung seiner eigenen Interessen unter Rücksichtnahme auf die berechtigten Interessen der anderen Stände." Arbeitersekretär Behrens meinte: Ohne die christlich-nationalen Arbeiter sei die Arbeiterbewegung nicht vollständig; wie die Arbeiterbewegung als größte Kulturerscheinung der Gegenwart überhaupt, ebenso bedeutsam sei die christliche Arbeiterbewegung; die christlichen Arbeiter hätten neben den materiellen Interessen auch Ideale; die Anhänglichkeit an Vaterland und Kaiserhaus, das wolle man sich nicht nehmen lassen, und das trenne die christlichen von den sozialdemokratischen Arbeitern, mit denen allerdings in gewissen Fällen ein Zusammengehen möglich sei.

An den beiden folgenden, den eigentlichen Verhandlungen gewidmeten Tagen ging es weniger loyal zu; die Klagen über das Verhalten der Behörden, der Parteien, des Klerus und des Unternehmertums, die den Grundton der Debatten bildeten, stimmten recht wenig zu der am Tage vorher so geflissentlich bekundeten Ergebenheit gegenüber dem guten Willen maßgebender Stellen; mindestens dürfte man sich fragen: womit haben es diese christlichen Leute, die sich so gläubig, so gut gesinnt und maßvoll zeigen, verdient, daß man sie behandelt in der Art der Staatsfeinde und Umstürzler?

Den Schluß des Kongresses bildete die Generalversammlung des Gesamtverbandes, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand. Auch die lautersten Wahrheitsfreunde haben Dinge unter sich, die sie allem Bekennermut zum Trotz nicht gern im vollen Tageslicht behandeln. In der geschlossenen Versammlung wird jedenfalls das Verhalten der „Berliner Richtung" zur Sprache kommen. Diese Frage macht den Christlichen arge Pein, da sie in hohe und mächtige Kreise hinübergreift. Hinter den Berlinern, die auf Fachabteilungen in den katholischen Arbeitervereinen hinstreben, steht der hohe Klerus, stehen die Bischöfe und die Hauptgrößen der Zentrumsfraktion, und es begreift sich, daß diese Frage mit Vorsicht behandelt werden muß. Weiter wird in der geschlossenen Versammlung das Verhalten der Zentrumspresse den christlichen Gewerkschaften gegenüber zur Sprache kommen. Wie der Stellvertreter des Gesamtvorstandes am Montag in Essen sagte, reichten die Finger einer Hand hin, um diejenigen Zeitungen aufzuzählen, die sich der Arbeiter in der Verfechtung ihrer Interessen annähmen — eine Anklage, die von zahlreichen Rednern bestätigt wurde. Eine bestimmte Partei wurde zwar nicht genannt, aber es wußte jeder, daß die klerikale Presse gemeint war. Die Dinge liegen nämlich jetzt so: Die christlichen Gewerkschaften sind zwar vom Zentrum gegründet, aber sie haben sich anders entwickelt, als die klerikalen Gönner erwarteten. Die Sozialdemokratie — das war ja der Zweck — haben sie nicht aufzuhalten vermocht, die freien Gewerkschaften ebenso wenig, statt dessen sind die christlichen selber mehr und mehr auf „sozialdemokratische" Wege gedrängt worden — wenigstens in den Augen der Unternehmer und anderer auf den Profit und die Autorität bedachten Leute —; denn, so sagte in Essen ein Delegierter: „Als sozialdemokratisch gilt der Arbeiter ja schon, wenn er 5 Pfg. mehr Lohn den Tag verlangt!" So hat sich die anfängliche Gönnerhaftigkeit der Zentrumsbrüder zuerst in Gleichgültigkeit, dann in offene oder versteckte Feindseligkeit verwandelt. Das wird nicht widerlegt durch das Verhalten der großstädtischen Zentrumspresse, die der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb, aus Furcht vor dem Verlust der Reichstagsmandate in den Industriestädten, namentlich im Rheinland, für die christlichen Gewerkschaften eintritt; desto eifriger und gehässiger kämpft die ultramontane Presse in den kleinen Orten und ländlichen Bezirken gegen die christlichen Gewerkschaften unter dem Segen des Klerus und der Mitwirkung der Behörde. Diese Dinge sollen, so verhieß der Sekretär Stegerwald in seinem mündlichen Jahresbericht, in der geschlossenen Generalversammlung zur Erörterung gelangen.

Was nun das Ergebnis des Essener Kongresses betrifft, so bestätigt er, was der vorher veröffentlichte Jahresbericht des Gesamtverbandes schon erwiesen hatte: daß die christliche Gewerkschaftsbewegung auf dem toten Punkte angelangt ist, über den sie nicht hinaus kommen wird. 100 000 Mitglieder in einem Jahrzehnt der lebhaftesten politischen und wirtschaftlichen Bewegung — das ist wenig, jämmerlich wenig; und 8000 Mitglieder Zuwachs in einem Jahre der Hochflut auf allen Gebieten — das ist mehr noch als die Gesamtzahl bezeichnend für den Mangel innerer Berechtigung und werbender Kraft auf Seiten der ultramontanen Sonderorganisationen. Und dann bedenke man, daß von den 100 000 Mitgliedern 60 000 auf die Ruhrbergleute und die Textilarbeiter, also ganze 40 000 auf die übrigen Berufe kommen; bedenke man weiter, daß von den 100 000 christlich organisierten Arbeitern 80 000 auf Rheinland-Westfalen, also auf den katholischen Westen kommen — und man erkennt die völlige Bedeutungslosigkeit der Christlichen über ihr räumlich und beruflich beschränktes Gebiet hinaus.

Es ist nichts geworden aus den vermessenen Plänen, mit denen die christlichen Gewerkschaften ihren Lebenslauf antraten. Sie sollten der Sozialdemokratie und der klassenbewußten Arbeiterbewegung Einhalt gebieten und um die christliche Fahne die Massen sammeln, die sich ihrer Treue gegen Thron und Altar bewußt waren. Aber weder das eine noch das andere ist gelungen: die Arbeiterpartei mit ihren drei Millionen Stimmen, an denen die katholischen Gegenden namhaft beteiligt sind, die freien Gewerkschaften mit der ersten Million Mitglieder — und dem gegenüber das Häuflein Christlicher, in sich zerrissen, haltlos schwankend zwischen der Rücksicht nach Oben und dem proletarischen Klassengedanken, zur Untätigkeit verdammt durch das lächerliche Beginnen, im Gefolge arbeiterfeindlicher Parteien Arbeiterpolitik zu treiben.

Das Bewußtsein, auf einen toten Strang gekommen zu sein, kam in Essen, trotz der Ruhmredigkeiten mancher Führer merkbar zum Ausdruck; es zeigte sich in den Verbandstagen nichts von der Erregung, der Beifallsfreudigkeit, wie man sie sonst im Kreise der Christlichen gewohnt ist und wie sie auf den früheren Kongressen so lebhaft sich äußerte. Die Referate über die Arbeitslosenversicherung, den Heimarbeiterschutz und die Arbeiterausschüsse, die vorher gedruckt und den Delegierten übergeben worden waren, zeigten sich als brave Arbeiten, aber Neues oder sonderlich Interessantes brachten sie ebensowenig, wie die Ausführungen der Diskussionsredner. Die Verhandlung über den Heimarbeiterschutz nahm sich nach dem vorgängigen großen Heimarbeiterschutzkongreß in Berlin sogar recht schwach aus; das Referat über die Arbeitslosenversicherung war offenbar nur auf die Tagesordnung gesetzt, um Stimmung zu machen für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in den christlichen Gewerkschaften. Die zu jedem Referat angenommene Resolution betonte als Grundbewegung zur Erreichung des Geforderten die Stärkung der christlichen Gewerkschaften. Arme Arbeiter, die sich darauf verlassen, daß ihnen ihr Recht und ihre Befreiung von den christlichen Gewerkschaften wird!

Von den Anträgen sei der von Schiffer-Crefeld genannt, der da meinte: Die christlichen Gewerkschaften müßten, um zu Bedeutung zu gelangen, sich auf internationale Basis stellen. Zu dem Behufe beantragte er die Einberufung eines internationalen Kongresses christlicher Arbeiter. Der Antrag wurde angenommen in der Fassung, daß der Ausschuß des Gesamtverbandes die Einberufung eines solchen Kongresses in Erwägung ziehen soll. Damit hält der bisher als „sozialdemokratisch" verpönte Gedanke der Internationalität der Arbeiterinteressen auch in die christliche Geschäftsbewegung seinen Einzug!

Sodann verdient erwähnt zu werden die Aeußerung Giesberts-M.-Gladbach, der sich bei der Debatte über die Arbeitslosenversicherung gegen die reichsgesetzliche Regelung dieser Materie wandte mit der Begründung, sie bedeute den Tod für die Arbeiterbewegung, da eine reaktionäre Regierung den dadurch gegebenen Einfluß auf die Vermittlung der Arbeit unzweifelhaft gegen die Arbeiterorganisationen anwenden werde.

Sodann hielt Stegerwald-Cöln es für nötig, den Vorwurf zurückzuweisen, die christlichen Gewerkschaften seien unternehmerfreundlich und leisteten nichts für die Arbeiter; er glaubte feststellen zu können, daß im Verhältnis zu ihrer Stärke die christlichen Gewerkschaften mehr an Streiks und Lohnbewegungen beteiligt gewesen seien als die anderen Organisationen. Wer erinnert sich bei dieser Gelegenheit nicht der Zeiten, wo die freien Gewerkschaften von den Christlichen als „Streikvereine" bezeichnet wurden, denen gegenüber man die Gemeinsamkeit der Interessen und den friedlichen Ausgleich der Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter zu betonen habe.

In der Diskussion über den Jahresbericht wurde allseitig Klage geführt über die Schwierigkeiten und Feindseligkeiten, denen die christlichen Gewerkschaften von seiten der Behörde, des Klerus, der Zentrumspresse und des Unternehmertums ausgesetzt seien. Nach den Erfahrungen eines Delegierten aus dem Münsterlande legen in Westfalen die Geistlichen den christlichen Gewerkschaften mehr Hindernisse in den Weg als die Unternehmer. Ein Redner meint, daß in manchen Gegenden die christlichen Gewerkschaften mehr verfolgt und bekämpft würden als die Sozialdemokraten. Einen Beitrag zum patriarchalischen System des ehrbaren Handwerks brachte ein Redner aus Paderborn, der mitteilte, daß bei Gelegenheit einer Lohnbewegung der Schuhmacher die Meister den Gesellen den Hausschlüssel abgenommen hätten, um sie vom Besuch der Versammlungen abzuhalten; ein anderer Redner beklagt sich über das Verhalten der Innungsmeister, die sich vielfach arbeiterfeindlicher als die Großindustriellen zeigten.

Man sieht, die christlichen Arbeiter ernten wenig Dank für den guten Willen, treu zu Kaiser und Reich zu stehen, die Standesunterschiede nicht zu verwischen und Ordnung und Religion zu schützen. Und wem nützt nun diese ganze mit solchem Hallo eingeleitete Bewegung? Die Arbeiter halten sich fern, die Behörden und Unternehmer, ja selbst der heilige Klerus — sie fragen den Teufel nach der christlichen Gesinnung der Arbeiter

sondern bütteln sie nieder, wo sie auch nur die bescheidensten Forderungen stellen. Also wozu diese christliche Sonderorganisationen? Nur um dem Zentrum einige Parlamentsmandate zu sichern und einer Handvoll strebender Leute Gelegenheit zu geben, von sich reden zu machen. Eine Bewegung, die derart an dem Organisationsgedanken frevelt, die auf so unlauteren Gründen aufgebaut ist, muß in sich zusammenfallen — und der Essener Kongreß hat gezeigt, daß der christlichen Gewerkschaftsbewegung dieses Schicksal sicher und nahe bevorsteht.

Eine Lohnbewegung in der Hochburg unserer christlichen Auchorganisation.

„An den Früchten sollt Ihr sie erkennen." Wenn irgend etwas geeignet ist, die Wahrheit dieser Bibelworte zu bestätigen, so ist es der „Erfolg", den der Christliche Holzarbeiterverband infolge des Streiks in Münster in Westfalen errungen hat. Was Berlin für den Deutschen, das bedeutet Münster für den Christlichen Holzarbeiterverband. Dieser ihrer hervorragenden (?) Stellung hatten es denn auch die Münsterschen Kollegen zu danken, wenn die Bemühungen ihres Vormundes in Cöln um Verbesserung ihrer miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse ganz außergewöhnliche waren. Wenn trotzdem der kreißende Berg nur ein winziges Mäuslein gebar, so liegt die Schuld hieran in der rühmlich bekannten Taktik unserer glorreichen Christenführer, welche darin besteht, in der Stunde der Gefahr mutig zurückzuweichen und die Vorsicht als den besseren Teil der Tapferkeit zu wählen. Daß wir den Kollegen nicht eher Mitteilung von diesem „Erfolg" gemacht haben, hat seinen Grund darin, daß wir unsere Kollegen in Münster ob ihres Reinfalles nicht gern blamieren mochten und demgemäß erst etwas Gras über die Geschichte wachsen lassen wollten. Muß doch unseren christlichen Auchkollegen in Cöln ihr „Erfolg" selbst unheimlich vorkommen; anders ist es nicht zu erklären, daß diese Herren auf jede Lobpreisung ihres „Erfolges" verzichten und sogar, man sollte es nicht für möglich halten, ihrer vielgeliebten Gewohnheit, bei solchen Anlässen die „Roten" ob ihres Verhaltens anzupöbeln, verzichteten. Es ist dies um so auffälliger, da unsere Kollegen samt und sonders gegen dies Produkt christlicher Angst und Hülflosigkeit, welches zu Unrecht den Namen „Tarifvertrag" führt, gestimmt haben. Nachstehend veröffentlichen wir den „Erfolg" eines Streiks unter christlicher Führung:

§ 1. Die tägliche Arbeitszeit ist eine zehnstündige.

§ 2. Die Lohnvereinbarung erfolgt in jedem einzelnen Falle entsprechend der Leistung und Zuverlässigkeit des Arbeitnehmers. Als Normalsatz für die Durchschnittsleistung gilt ein Stundenlohn von 38 ₰. Als Durchschnittsleistung gilt diejenige, die ein Arbeitnehmer leistete, der bisher 35 ₰ verdiente. Dementsprechend werden sämtliche Löhne erhöht. In denjenigen Betrieben, in denen im letzten Frühjahr bereits eine Lohnerhöhung vorgenommen ist, soll die jetzige Lohnregulierung dem zu bildenden Einigungsamt überlassen werden.

§ 3. Bei außerordentlich schwer abzuschätzender Arbeit wird für den Akkord der Stundenlohn garantiert.

§ 4. Sonntags-, Nacht- und Ueberarbeit soll nach Möglichkeit vermieden werden. Nacht- und Sonntagsarbeit wird mit 20 ₰, Ueberarbeit mit 10 ₰ Zuschlag bezahlt. Die Nachtarbeit beginnt um 9 Uhr, die Sonntagsarbeit um 12 Uhr Abends. Ueberstunden beginnen nach vollgearbeiteten 60 Stunden pro Woche, wenn die Versäumnis durch eigenes Verschulden herbeigeführt ist. Freiwillige Ueberarbeit wird mit dem gewöhnlichen Stundenlohn bezahlt.

§ 5. An den Vorabenden vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist eine Stunde früher Feierabend, ohne Lohnabzug. Das Aufräumen der Werkstatt geschieht in der Arbeitszeit.

§ 6. Bei auswärtigen Arbeiten werden die entstehenden Unkosten vergütet, Fahrtdauer gilt als Arbeitszeit.

§ 7. Lohn- und Abschlagszahlungen geschehen in der bisherigen Weise; jedoch soll das Warten auf Lohnzahlung, wenn solches über eine Viertelstunde dauert, als Arbeitszeit bezahlt werden. Kündigung bleibt, wenn nicht vorher ausgeschlossen, bestehen.

§ 8. Maßregelungen aus Anlaß der Einführung dieses Vertrages dürfen nicht stattfinden.

§ 9. Um ein gedeihliches Nebeneinanderarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu ermöglichen und zur Beilegung von Streitigkeiten wird ein Einigungsamt von zwölf Mitgliedern eingesetzt. Dieses besteht aus je sechs von den Verbänden gewählten Mitgliedern der beiderseitigen Organisationen. Den Vorsitz im Einigungsamt führt der jeweilige Vorsitzende der Arbeitgebervereinigung und ein von der Kommission der Arbeitnehmer gewähltes Mitglied. Ist im Einigungsamt über irgend einen Punkt eine Einigung nicht zu erzielen, so soll ein Obmann als Unparteiischer bestimmt werden, der auch einem anderen Stande angehören kann. Erfolgt über die Person des Obmannes keine Einigung, so entscheidet das Los.

§ 10. Dieser Vertrag tritt am 1. Juli 1904 in Kraft und dauert bis Ende Mai 1906. Falls eine Kündigung nicht drei Monate vor dem Endtermin erfolgt, so gilt dieser Vertrag stillschweigend von Jahr zu Jahr verlängert.

Namens des Arbeitgeberverb. für die Holzindustrie zu Münster:
H. Knake.

Namens des Christlichen Holzarbeiterverbandes Deutschlands, Zahlstelle Münster:
B. Holle.

Namens der Tischlerinnung:
Möllers, Obermeister.

Namens des Gesellenausschusses der Tischlerinnung:
L. Haverkamp.

Da dieser famose Tarif bereits seit 1. Juli in Kraft ist, so sind wir auch in der Lage, etwas über die Vorteile, die derselbe den hiesigen Kollegen gebracht hat, mitzuteilen. Wenn wir hoch greifen, so haben etwa 100 derselben eine „dementsprechende" Lohnerhöhung von 10—30 ₰ erhalten, während die übrigen 300 „entsprechend" dem glorreichen Christenfabrikat nichts erhalten haben. Doch tritt jetzt für diese Kollegen das sogenannte Einigungsamt, bestehend aus sechs der hervorragendsten christlichen Genies in Funktion, und was dabei herauskommt, werden wir den Kollegen schon gelegentlich mitteilen.

Zum Streik der Holzarbeiter in Markirch.

In einem Seitental der Vogesen, in nächster Nähe der französischen Grenze, liegt, rings von bewaldeten Höhen umgeben, das Städtchen Markirch. Von den 12 000 Einwohnern sind etwa 2000 in der Textilindustrie beschäftigt. Tuchweberei, Färberei und insbesondere die Appreturanstalten geben der Stadt ihr eigentümliches Gepräge. Neben den düsteren Fabrikanlagen und den unscheinbaren Wohnhäusern der Arbeiterbevölkerung stößt man da und dort auf die Paläste der Notabeln, welche sich aus dem Schweiße ihrer Arbeiter Millionen zusammengespart haben. Die Abgeschiedenheit von dem großen Weltverkehr, zum Teil auch wohl das politische Protestlertum, in welchem sich die Fabrikherren mit ihren Lohnsklaven zusammenfanden, trug dazu bei, das idyllische Verhältnis zu erhalten, welches die Industriellen so sehr lieben, und welches ihnen gestattet, in Ruhe den Arbeitsertrag ihrer Lohnsklaven zu verzehren und ihren Erben gewaltige Vermögen zu hinterlassen.

Dieses Idyll wurde zuerst von den Holzarbeitern gestört, von welchen in einigen Sägereien und Schreinereien insgesamt etwa 80 hier beschäftigt sind. Es hat zwar lange gedauert, bis sie ihre Voreingenommenheit gegen die altdeutschen Kollegen abgelegt haben, und mehrere Versuche, eine Organisation zu gründen, waren bereits fehlgeschlagen, als im Anfang des vorigen Jahres eine Zahlstelle des deutschen Holzarbeiterverbandes gegründet wurde, die es bald auf zirka 50 Mitglieder brachte.

Unsere Kollegen bewährten auch hier ihren Ruf als Pioniere der Arbeiterbewegung; insbesondere ließen sie es sich angelegen sein, gegen die hier noch übliche lange Arbeitszeit anzukämpfen. Der Versuch des größten Unternehmers der Branche, des Herrn Küpfert, die seither bestehende elfstündige Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verlängern, wurde schon im vorigen Jahre erfolgreich zurückgewiesen, und in diesem Jahre wurde der Versuch gemacht, gemeinsam mit den Zimmerern, welche in den gleichen Geschäften arbeiten, den Zehnstundentag einzuführen. Es kam zu einem Streik, der nach fünfwöchiger Dauer am 16. Juli als beendet erklärt wurde, ohne daß ein voller Erfolg zu verzeichnen gewesen wäre. Einige kleinere Geschäfte haben zwar die Forderungen bewilligt, die größeren Unternehmer scheuten aber keine Kosten, um die nötige Zahl von Streikbrechern heranzuziehen, welche den weiteren Kampf aussichtslos machten. Dem Beispiel der Holzarbeiter folgten gleich danach die Textilarbeiter, die nun ebenfalls eine in guter Entwicklung begriffene Zahlstelle besitzen.

Die Holzarbeiter sind also in diesem Kampf unterlegen; es ist dies aber eine Niederlage, welche die sicherste Gewähr dafür bietet, daß in nicht zu ferner Zeit das Ziel des Kampfes doch noch erreicht wird. Dafür bürgt die Disziplin der Markircher Kollegen. Es bedurfte, wie es leider in anderen Fällen häufig notwendig wird, keines Eingreifens von außerhalb, um die Kollegen zu veranlassen, den augenblicklich aussichtslosen Streik aufzuheben. Sie haben in aller Ruhe die Situation übersehen und dementsprechend ihre Beschlüsse gefaßt. Und wenn die Unternehmer sich den Anschein geben, als wollten sie die Streikenden nicht wieder einstellen, so lassen sich die Kollegen dadurch nicht aus der Fassung bringen. Sie wissen, daß die Herren in wenigen Tagen froh sein werden, wenn nur noch einige der Ausständigen zu ihrer Verfügung bleiben. Nachdem schon während des Ausstandes ein Teil der Kollegen abgereist ist, folgt diesen nach der ersten Abweisung eine Anzahl zum Teil älterer verheirateter Arbeiter, die zu stolz sind, die Gnade der Herren anzurufen. Und die Zurückbleibenden sind keineswegs niedergeschlagen; eher kann man das von den Unternehmern sagen, die sich bewußt sind, einen Pyrrhussieg errungen zu haben. Ehe ein Jahr vergangen ist, wird in der Holzindustrie in Markirch der Zehnstundentag eingeführt sein, ohne daß die Kollegen es notwendig haben werden, einen neuen Streik aus diesem Anlaß zu führen. Soweit werden es die Unternehmer nicht mehr kommen lassen.

Wenn also der eben beendete Streik keinen unmittelbaren Erfolg gebracht hat, so haben wir keinen Anlaß, darüber zu wehklagen. Dieser Kampf hat dazu beigetragen, unsere Kollegen und darüber hinaus auch die Angehörigen anderer Arbeiterkategorien im Elsaß aufzurütteln. Es steht zu erwarten, daß das den altdeutschen Gewerkschaften seitens der Elsässer entgegengebrachte Mißtrauen allmählich überwunden wird, und daß es der Organisation gelingt, auch den „wiedergewonnenen Brüdern" menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu verschaffen.

Die Aussperrung in den Unterweserorten Bremerhaven, Geestemünde und Lehe.

Das Unternehmertum glaubt in seinem Dünkel, die Arbeiter würden oder müßten täglich zu Kreuze kriechen. Denn alles, was die Herren an Terrorismus ausfindig machen konnten, wurde angewandt. Den letzten Trumpf: diejenigen Meister, die bis jetzt noch ihre Gesellen beschäftigten, zu zwingen, dieselben zu entlassen, hat die Innung ausgespielt. In ihrer letzten Versammlung wurde beschlossen, im Statut einen Passus einzufügen, wonach der Arbeitsnachweis für sämmtliche Mitglieder anerkannt werden muß. Durch diesen Innungsbeschluß wurden verschiedene Meister gezwungen, ihren Gesellen die Karte, die die Anerkennung des Arbeitsnachweises verlangt, vorzulegen, was natürlich abgelehnt wurde zu unterschreiben.

Wie raffiniert der Arbeitgeberverband vorgeht, zeigt ein Beschluß, der mir erst heute bekannt wurde. In der Versammlung des Arbeitgeberverbandes vom 9. Juni, wo beschlossen war, sämtlichen Tischlern die bekannte Karte vorzulegen, erklärte ein Fabrikant: „Ja, ich lege meinen Leuten die Karte vor, werde mich aber morgen wegen einiger Meister zum Gerichtsvollzieher bemühen müssen!" Da es aber nun auch zwei Vorstandsmitgliedern an den Kragen ging, dürfte bei diesem Fabrikanten weitergearbeitet werden. Hier sieht man, wie es deutlicher nicht zu wünschen ist, daß die ganzen Maßnahmen der Unternehmer nur eine Kraft- und Machtprobe sein sollen.

In dem jetzt 16wöchigen Kampfe haben die Unternehmer das Glück gehabt, einen einzigen Verbandskollegen einstellen zu können. Triumphierend sandte denn auch der Arbeitgeberverband das „Verbandsbuch" (der Kollege war aber schon 29 Wochen rückständig) an uns zurück. Es wurde dem Arbeitgeberverband mitgeteilt, was für ein treues Verbandsmitglied er gekapert hatte.

Mit fieberhafter Tätigkeit arbeitet das Unternehmertum, um Arbeitswillige heranzuziehen, bis jetzt ohne Erfolg. Sämtliche, die in den letzten drei Wochen mit großer Mühe nach hier geschleppt wurden, zirka 60 Tischler, sind von uns alle wieder abgeschoben. In den Fabriken und Werkstätten, wo wenige Mann stehen (im ganzen arbeiten 29 Streikbrecher), werden Ueberstunden gemacht bis 8 und 9 Uhr Abends, so auch in dem größten Baugeschäft der Unterweserorte, Firma W. Rogge. Da noch kein großer Teil Verbandsmitglieder dort beschäftigt war, beschlossen wir zum zweiten Male, daß unter den jetzigen Umständen die Ueberstunden zu verweigern sind.

Am Mittwoch, den 20., haben denn auch acht Mann den Beschluß respektiert, wurden dafür aber am Donnerstag Morgen mit einem Hagel von Schimpfwörtern entlassen. Mit einem Sturm der Entrüstung erhoben die noch in dem großen Etablissement stehenden Arbeiter, weit über hundert an der Zahl, die Forderung, sofortige Wiedereinstellung der Entlassenen oder die Fabrik bleibt stille stehen. Auf unsere Anordnung mußte aber erst eine Kommission vorstellig werden; als die Verhandlungen resultatlos verliefen, stand in fünf Minuten die Fabrik still. 103 Mann verließen sodann ihre Arbeitsstätte, an der viele von ihnen 15 und 20 Jahre ohne Unterbrechung gearbeitet haben. Als auch der Heizer als letzter die Fabrik verließ, da fanden der Chef mit seinen Söhnen erst wieder Worte, indem Rogge jun. sagte: „Auch Sie gehen? Gut, hier kommen Sie nie wieder herein." Die Worte des Chefs waren: „Gehet hin nach dem Kolosseum, meine Fabrik bleibt nicht stillstehen." Und wahrlich, für zirka 10 Streikbrecher laufen über 50 Maschinen vollständig leer, nur damit Rauch aus dem Schornstein steigt und das Gerassel der Maschinen auf der Straße hörbar ist! Daß sofort eine starke polizeiliche Bewachung von der Behörde abgeordnet wurde, ist ja selbstverständlich. Daß aber die Polizei sich erdreistet, den Leuten, die in Lehe wohnen, vorzuschreiben, welchen Weg sie einzuschlagen haben, wenn sie nach Bremerhaven wollen (die Hafenstraße, in welcher die Fabrik liegt, ist für sie verboten), ist doch wohl das stärkste, was bis jetzt überhaupt da war.

Trotzdem die Einwohner von Bremerhaven in einer großen Petition den Stadtrat von Bremerhaven ersucht, vermittelnd in diesen Kampf einzugreifen, nimmt er täglich an Schärfe zu. Das Unternehmertum treibt diesen Kampf bis auf des Messers Schneide; für uns gibt es kein zurück, weil alle Chancen für uns am günstigsten stehen. Wir richten aber an alle die dringende Mahnung, uns in unserem Kampfe durch Fernhaltung des Zuzuges mit zum Siege zu verhelfen. W. A.

Die Erweiterung der sozialhygienischen Leistungen der Arbeiterversicherungsinstitute durch die Gemeinden.

Auf den Weltausstellungen des letzten Jahrzehnts hat die deutsche Reichsregierung mit einem gewissen berechtigten Stolz die Leistungen ihrer Arbeiterversicherungsinstitute auf dem Gebiete des Gesundheitswesens verkündigt. Ein mächtiger goldstrohlender Obelisk erzählte 1900 in Paris etwas gar zu ruhmredig von den Gesamtleistungen dieser Institute, die in den Jahren 1885—1899 den versicherten Volksmassen zugewandt wurden. In der Tat stehen bisher die Leistungen Deutschlands auf dem Gebiete der Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung unerreicht da. In keinem Lande der Welt ist die Sorge für den einzelnen erkrankten und unfallverletzten Arbeiter in dem Umfange wie in Deutschland öffentlich-rechtlichen Körperschaften in die Hände gegeben worden. In zahlreichen Fällen, wo in anderen Ländern der schwer leidende Areiter in die eigene Tasche greifen muß, fließen für ihn in Deutschland die beträchtlichen Mittel öffentlicher Organisationen. Aber selbst angesichts der sehr erheblichen Leistungen unserer Arbeiterversicherungsinstitute haben wir in Deutschland nicht das Recht zu einem tiefen Schlafe auf den Lorbeeren dieser Institute, denn in zahllosen Fällen erreichen sie nicht das naheliegende, erstrebenswerte sozialpolitische Ziel einer vollständigen Heilung der Erkrankten und der Sicherung ihrer Existenz und der ihrer Familien während ihres erwerbsunfähigen Zustandes. Der weitschauende Sozialpolitiker hat daher planmäßig auf eine Erweiterung der Leistungen der Arbeiterversicherungsinstitute loszusteuern und muß, da die nächste Zukunft leider noch keine gesetzliche Ausdehnung dieser Leistungen bringen wird, diese im Rahmen der gegebenen gesetzlichen Verhältnisse zu recken und zu strecken suchen.

Die deutsche Arbeiterversicherungsgesetzgebung hat nun die Gemeinde förmlich zu einer weitgehenden Umgestaltungs-, zu einer Reformarbeit des sozialhygienischen Aufgabenkreises der Arbeiterversicherungsinstitute berufen. Der Buchstabe und der Geist der Arbeiterversicherungsgesetze reden laut an vielen Stellen von der Möglichkeit einer umfassenden Erweiterung der Leistungen der Versicherungsorgane durch die Gemeinden. Die Gemeinden können:

1. Durch statutarische Bestimmungen die Krankenversicherungspflicht erweitern: auf unständige Arbeiter, auf die in Kommunalbetrieben und im Kommunaldienste beschäftigten Personen, auf welche die Anwendung des § 1 des Krankenversicherungsgesetzes nicht durch anderweite reichsgesetzliche Vorschriften erstreckt ist, auf die Familienangehörigen eines Betriebsunternehmers, deren Beschäftigung in dem Betriebe nicht auf Grund eines Arbeitsvertrages stattfindet, auf Hausindustrielle, auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und Betriebsbeamten.
2. Leistungsfähige Krankenversicherungs-Institute schaffen: durch die Verdrängung der rückständigen Gemeindeversicherung durch Ortskrankenkassen, durch die Begründung gemeinsamer Ortskrankenkassen für einzelne und mehrere Gewerbe und durch die Vereinigung der Ortskrankenkassen mehrerer Gemeinden zu einer einzigen Kasse.

Die sozialhygienische Wirksamkeit der Arbeiterversicherungs-Institute kann wesentlich gesteigert werden, und zwar durch die Ausgestaltung der kommunalen Einrichtungen zur Erhaltung und Pflege der Gesundheit.

Selbst die Berufsgenossenschaften müssen wegen der erforderlichen schnellen und sachgemäßen Behandlung den Unfallverletzten ihre Aufmerksamkeit zuwenden:

1. Einer kommunalen Organisation der Sanitätswachen und Unfallstationen.
2. Einer Ausdehnung der Krankenhaus- und Rekonvaleszenten-Hauspflege.

Die Krankenkassen und Landesversicherungsanstalten haben sodann ein wirkliches vitales Interesse an der Fortbildung aller kommunalen und sanitären Einrichtungen, namentlich:

1. An der Städtereinigung (Beseitigung des Staubes und der Fäkalien zur Eindämmung der Infektionskrankheiten.
2. An der Organisation der Wasser-, Milch- und Fleischversorgung, kurz der Nahrungsmittelversorgung.
3. Am kommunalen Badewesen.
4. An den öffentlichen Anlagen.
5. An der Fortbildung des kommunalen Krankenhaus- und Rekonvaleszentenwesens (der Walderholungsstätten der Unfallstationen),
6. An der Errichtung kommunaler Entbindungsanstalten und Wöchnerinnenheime und an der Organisation des Hebammendienstes.
7. An den Reformen des Apothekenwesens (an kommunalen Krankenhausapotheken, die den Krankenkassen hohen Rabatt gewähren).
8. An einer Umgestaltung des kommunalen Begräbniswesens (Unentgeltlichkeit der Beerdigung, Verbilligung der Begräbnistaxen usw.).
9. An der kommunalen Wohnungsreform.

Die deutschen Landesversicherungsanstalten fördern in der richtigen Erkenntnis der hohen Bedeutung, den die Verbesserung der kommunalen sanitären Einrichtungen für die Eindämmung der Invaliditätsfälle hat, planmäßig die Errichtung städtischer Krankenhäuser, Volksbäder, der Wasser- und Kanalisationsanlagen durch Darlehn an die Gemeinden. Nach den „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes" wurden für städtische und ländliche Gemeinden von den Landesversicherungsanstalten bis zum 31. Dezember 1903 ℳ 148 878 087,05 hergegeben. Auf den Vertretern der Versicherten in den kompetenten Verwaltungskörperschaften der Landesversicherungsanstalten ruht die Verpflichtung einer planmäßigen und zweckentsprechenden Förderung kommunaler Sanitätseinrichtungen durch Anstaltsmittel (Darlehn an die Kommunen).

Die Krankenkassen müssen sich, gerade wie die Landesversicherungsanstalten, unausgesetzt um den Ausbau der kommunalen Einrichtungen zur Erhaltung und Pflege der Gesundheit bemühen. Ihre Tätigkeit kann jedoch nach dem ganzen Stande ihrer begrenzten Mittel zumeist nur kritischer Natur sein: sie haben die dem kommunalen Gesundheitswesen anhaftenden Mängel festzustellen. Den Krankenkassen stehen zur Konstatierung dieser Mängel vor allem ihre alljährlich erscheinenden Geschäftsberichte offen. Gerade diese Seite der Berichterstattung der Krankenkassen beabsichtigt die „Kommunale Praxis" weiterzubilden, damit durch die Kritik der öffentlich-rechtlichen Institute der Krankenkassen unser kommunales Gesundheitswesen im beschleunigten Tempo und von Grund auf umgestaltet wird. Wir werden zu diesem Zwecke die Geschäftsberichte der Krankenkassen einem gründlichen Studium unterziehen und die wertvollen Anregungen der Kassen für die Fortbildung des kommunalen Gesundheitswesens einer breiten Oeffentlichkeit mitteilen. Wir bitten, um die Erweiterung und Vertiefung des kommunalen Sanitätswesens durch die Arbeiterversicherungsinstitute genau verfolgen zu können, um die Zusendung der Geschäftsberichte der Krankenkassen, Landesversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften an die Redaktion der „Kommunalen Praxis". Wir streben ein planmäßiges Zusammenwirken der Gemeinden mit den Arbeiterversicherungsinstituten zu dem großen Zweck einer allgemeinen Hebung der Volksgesundheit an. **P. Kampffmeyer.**

Rundschau.

Christen unter sich. Anläßlich des „Fünften christlichen Gewerkschaftskongresses" sieht sich Herr Lic. Mumm genötigt, in der „Täglichen Rundschau" Klage über die Behandlung zu erheben, die die christlichen Gewerkschaften von den christlichen Behörden vielfach noch zu erdulden haben. Davon erzählt er einen besonders charakteristischen Fall.

In Grätz (Posen) wurde den Mitgliedern des Verbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhülfsarbeiter die Veranstaltung von Versammlungen durch Saalabtreibungen unmöglich gemacht. Eine Versammlung der Mitglieder — im ganzen 301 — unter freiem Himmer wird wegen „Gefahr für die Sicherheit und Ordnung" verboten. Desgleichen die Zusammenkunft der Mitglieder in einer Scheune, „weil sie den für öffentliche Versammlungsräume geltenden Vorschriften nicht entspricht."

Inzwischen kam es am 13. Juni zum Streik. Am 24. und 25. Juni wurden zehn Streikende verhaftet, weil ein Arbeitswilliger, der provozierend vorgegangen war, eine Ohrfeige erhalten hatte. Der Gewerkschaftssekretär Hasse reiste daraufhin nach Grätz. Am Tage seiner Ankunft wurde er verhaftet. Sein Kollege, Gewerkschaftssekretär Setobi, reiste zum Verhafteten, wurde aber nicht zugelassen. Der Untersuchungsrichter in Grätz erklärte, Hasse sei verhaftet, weil er sich an einem Streik beteiligt habe. Mit dieser Begründung sitzt Herr Hasse bis zum heutigen Tage in Untersuchungshaft.

Während „christliche" Bankdirektoren, die Millionen gestohlen haben, in Heringsdorf oder Norderney Erholung von den Verhandlungsstrapazen suchen dürfen, werden „christliche" Gewerkschaftsführer, die in einen Streik eingreifen wollen, von den „christlichen" Behörden in Haft gehalten, und zwar — wenn die Angaben des Lic. Mumm richtig sind — ohne jeden gesetzlichen Grund.

Die christlichen Gewerkschaften sind in einer üblen Lage. Sie können nicht in christlicher Entsagung völlig auf die Vertretung von Arbeiterinteressen verzichten; wo sie aber wirklich im Arbeiterinteresse eingreifen, da geraten sie ebensogut zwischen die Mühlsteine des Klassenkampfes wie die „gottlosen" Sozialdemokraten.

Den christlichen Gottesdienern in Deutschland zur Nachahmung empfohlen. Vor einer Gewerkschaft in einer Stadt in Illinois, Vereinigte Staaten, hielt ein Pastor, „Reverend" H. M. Brooks, kürzlich eine Rede, die großes Aufsehen erregte. Er hielt der „guten Gesellschaft" einen Spiegel vor, und dieselbe wurde unangenehm berührt, als sie ihr häßliches Bild erblickte.

„Die Wahrheit über unsere Zustände," so rief er, „sollte jemand sagen, die Wahrheit, die ganze Wahrheit!"

Er machte den Geistlichen den Vorwurf großer Feigheit und erklärte, sie seien Sklaven, demütige, schmeichelnde Sklaven der Reichen.

„Bezahlt werden wir nicht dafür, die Wahrheit zu verkünden, sondern im Gegenteil, sie zu verbergen, zu umkleiden, und nur das zu erzählen, was die Leute zu hören lieben. . . ."

„Vor kurzem las ich von einem Pastor in Newyork, der über Besitztümer im Werte von 25 Millionen Dollar verfügt, und der Mann nennt sich einen Nachfolger des Herrn, der nicht wußte, wo er sein Haupt hinlegen sollte!

„Wir wissen alle, daß kein Mensch eine Million Dollar auf wirklich ehrliche Weise erwerben kann. Angenommen, Adam hätte bis heute für jeden Arbeitstag zwei Dollar erhalten, dabei Kost und Wohnung frei, so könnte er noch keine sechs Millionen erspart haben; mit anderen Worten, er hätte nicht genug, um zu den Kreisen der ausgewählten Millionäre von Newyork zu gehören. . . ."

„Da baute ein Eisenbahnkönig eine Universität in Kalifornien und gab 20 Millionen zu diesem Zwecke heraus; dann setzte er die Frachtraten so viel höher an, daß bald die ganze Ausgabe gedeckt war. Der Beherrscher des Oelmarktes baute der Kirche ein Seminar in Chicago, dann erhöhte er den Preis für Petroleum, und die Kirche hat kein Wort des Tadels für solche Christen. . . ."

„Die Verbrechen nehmen immer mehr zu, das ist kein Wunder, aber es gibt neben den ungesetzlichen Verbrechern die gesetzlichen, und das sind die schlimmsten. . . ."

Demgegenüber schilderte der Redner die Leiden der Armen und die Geduld der arbeitenden Klasse und erklärte, daß er auf die letztere seine Hoffnung setze für eine bessere Zukunft.

„Der gemeine Mann hat viel leiden und dulden müssen Jahrtausende hindurch, und es ist an der Zeit, daß er endlich einmal für sich selbst eintritt. . . ."

„Männer der Arbeit, laßt mich eins vor allen Dingen Euch ans Herz legen: Wenn Ihr Erlösung wünscht, müßt Ihr durch Eure eigene Anstrengung dazu kommen!" —

Einen solch freimütigen „Bruder in Christo" dürfte man in Deutschland mit der Laterne suchen.

Für 45jährige treue Dienste — Entlassung. Der „Vorwärts" berichtet aus Bremen: Der Nieter Sch., der sein ganzes Leben bei dem „Vulkan" beschäftigt war, ist vor einigen Tagen wegen nicht genügender Arbeitsleistung (!) entlassen worden. Der entlassene Sch., der seine beste Kraft in dem genannten Betriebe und seinem Vorgänger verbraucht hat, ist heute Invalide, er hat einen doppelten Bruch, den er auf dem „Vulkan" gewiß nicht vom Faulenzen bekommen hat. Wenn ein Arbeiter 45 Jahre in einem Betriebe arbeitete, dann ist wohl so viel sicher, daß er ein solider, ruhiger und tüchtiger Arbeiter sein muß. Und seine Mitarbeiter können es dem Sch. bezeugen, daß er das heute noch ist. Freilich muß in Betracht gezogen werden, daß Sch. ein Greis ist, daß er also nicht mehr mit der Vollkraft der Jugend zu arbeiten vermag. Aber, daß der Mann seine Arbeit noch zu leisten vermag, beweist der Umstand, daß der Nietermeister ihm Akkordarbeit gab und ihm hierbei letzthin noch einen Akkordüberschuß auszahlen mußte. Sch., der sein Leben im Dienste des Kapitalismus geopfert hat, kann jetzt in Muße nachdenken über die famose persönliche Freiheit des Arbeiters, die darin besteht, daß er verhungern kann wo er will, denn es wird schwer halten, für den Invaliden der Arbeit bei einem anderen Kapitalisten Arbeit zu erhalten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den Zahlstellen Bonn und Paderborn wird hierdurch die Genehmigung erteilt, ab 1. August d. J. einen Lokalbeitrag von 5 ₰ pro Woche, desgleichen den Zahlstellen Elmshorn und Kalk, gleichfalls ab 1. August, einen solchen von 10 ₰ pro Monat neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Die Prüfung der Reiselegitimationen aus dem zweiten Quartal hat ergeben, daß vielen Kassierern bei Auszahlung der erhöhten Unterstützungssätze die gröblichsten Fehler unterlaufen sind, wodurch die Verbandskasse in ganz erheblichem Umfange geschädigt worden ist. Sehr häufig sind für einen Reisetag drei und vier Mark Unterstützung gezahlt worden. Anderseits haben die Kassierer in zahlreichen Fällen keinerlei Rücksicht auf die Kilometerentfernung genommen, sondern unbekümmert um die zurückgelegte Strecke den vier- und fünffachen Betrag der zustehenden Unterstützung ausgezahlt. Um dieser unrechtmäßigen Ausnützung der Verbandskasse entgegenzuwirken, richten wir hiermit an alle Zahlstellenkassierer die dringende Aufforderung, die Vorschriften in §§ 15a, 16, 17 und 18 des Statuts, sowie in Ziffer 48, 49 und 58 der Anweisungen fortab genauer zu beachten. Insbesondere verweisen wir darauf, daß die Reiseunterstützung niemals mehr als 4 ₰ pro zurückgelegten Kilometer und für einen Reisetag niemals mehr als ℳ 1 betragen darf. Wer weniger als 25 km an einem Tage zurückgelegt hat, kann beispielsweise für 20 km nur 80 ₰, für 15 km nur 60 ₰ an einem Tage beanspruchen. Wer in drei Tagen 50 km zurücklegt, hat nicht für drei Tage à ℳ 1 drei Mark, sondern für 50 km à 4 ₰ nur zwei Mark zu erhalten. Dagegen steht den Bahnreisenden, auch wenn sie 100 und mehr Kilometer an einem Tage zurückgelegt haben, dafür trotzdem nur der Höchstbetrag für einen Tag, nämlich ℳ 1, zu.

Am 21. Juli sind die neuen Monatskarten zur Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit (§ 27 des Statuts) an alle Zahlstellen versandt worden. Wir machen auf das Begleitzirkular und den für die Einsendung der ersten Karte festgesetzten Termin (4. August) aufmerksam und ersuchen diejenigen Zahlstellen, welche die Sendung etwa nicht erhalten haben, um sofortige Mitteilung.

Der Verbandstag in Leipzig hat den Vorstand beauftragt, mit denjenigen Zahlstellen, die aus lokalen Mitteln Zuschüsse zur Arbeitslosen- und Streikunterstützung zahlen, in Verbindung zu treten (Seite 187 des Protokolls), um ein Gegenseitigkeitsverhältnis dieser Zahlstellen unter einander im Sinne des Antrages 290 in die Wege zu leiten. In Verfolg dieses Verbandstagsbeschlusses richten wir hiermit an alle Zahlstellen, welche derartige Lokalzuschläge gewähren, die Aufforderung, unter Angabe der Höhe derselben und der zu erfüllenden Bedingungen, recht bald entsprechende Mitteilung an uns zu machen, damit wir uns über die betreffende Frage mit ihnen in direkte Verbindung setzen können.

Das Protokoll vom Verbandstag in Leipzig ist vergriffen, so daß Bestellungen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Stuttgart, 23. Juli 1904.

Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

Adolf Müller, geb. 2. 4. 84 zu Bant, gest. 18. 7. 04 zu Bant.

Gottlieb Siusenmeyer, Schreiner, geb. 21. 12. 68 zu Holzmaden, gest. 7. 7. 04 zu Karlsruhe.

Johann Kaspar, Schreiner, geb. 15. 7. 65 zu Collin, gest. 19. 7. 04 zu Frankfurt a. M.

August Sternsdorf, Tischler, geb. 7. 6. 74, gest. 14. 7. 04 zu Brandenburg.

Friedrich Reutter, Schreiner, geb. 13. 7. 70 zu Stuttgart, gest. 9. 7. 04 zu Stuttgart.

Carl Schneider, geb. 12. 11. 85 zu Neuvelm, gest. 17. 7. 04 durch Unglücksfall beim Baden zu Colberg.

Paul Kaspar, Korbmacher, geb. 1. 2. 62 zu Frankenstein i. Schl., gest. 20. 7. 04 zu Oeberan.

Friedrich Rothmann, Drechsler, gest. 21. 7. 04 im Alter von 85 Jahren zu Weißensee.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

17. Gau. Vorort München.

Bericht und Abrechnung des ersten Halbjahres 1904.

Um bei der Agitation im Frühjahre geeignetes Material, speziell bei der Hausagitation, in Händen zu haben, wurde ein spezielles vom Gauvorstande herausgegebenes Flugblatt den Zahlstellen zur Verfügung gestellt und leistete dasselbe gute Dienste. Entsprechend einer auf dem Gautag angenommenen Resolution entfalteten die Zahlstellen eine gründliche, umfassende Hausagitation, die von gutem Erfolge in den meisten Orten begleitet war. Außer den regelmäßigen Agitationsversammlungen in den Zahlstellen wurde Mitte Juni eine Agitationstour durch sämtliche Orte veranstaltet; in welchen es bis jetzt noch nicht gelungen war, Fuß zu fassen; zugleich mit dieser Agitation wurde auch die Aufnahme einer Statistik über die Zahl der einzelnen Geschäfte, Berufskollegen, sowie über etwa vorhandene Holzbearbeitungsmaschinen verbunden. In Betracht kamen die Orte: Landsberg a. d. Lech, Lauingen, Dillingen, Donauwörth, Neuburg a. d. Donau, Kelheim, Plattling, Deggendorf, Landau a. d. Isar, Aufhausen, Neumarkt, Eggenfelden und Pfarrkirchen. Außer in ein paar Orten fehlt in den meisten jede Holzindustrie und sind nur kleine Betriebe mit hier und da einem oder zwei Gehülfen vorhanden. Versuche, um die Kollegen zur Organisation zu gewinnen, wurden noch in Holzkirchen, Lindenberg im Allgäu und Freilassing gemacht. In letzterem Orte sind 15 Kollegen der Zahlstelle Reichenhall angegliedert und ist hier zu hoffen, daß bei ruhiger, eifriger Agitation eine Zahlstelle noch ins Leben treten kann.

Differenzen waren zu erledigen wegen Akkordpreisreduktion in Lenggries bei Markhard und in Ramsau bei Berchtesgaden bei Goyorle; hier wurde die einstündige Mittagspause (bisher keine) und eine Lohnerhöhung von ℳ 1 und ℳ 1,50 die Woche erreicht. In Pasing mußte in der Rahmenfabrik gegen ständige Tarifreduzierungen wiederholt Stellung genommen werden, und da gegebene Versprechen stets nicht beachtet wurden, kam es Ende Juni zum Streik, nachdem die Firma Gutleben die Forderungen der Arbeiter sowie Unterhandlungen strikte ablehnte. In München kam es bei den Parkettlegern bei Link und Klöpfer zum Streik, beide endeten mit Anerkennung des Tarifes; des weiteren ist es noch gelungen, den Tarif bei Schwarzkopf einzuführen, so daß jetzt in sämmtlichen Parkettgeschäften der Tarif durchgeführt ist. Leider gibt es noch so traurige indifferente Elemente unter den Parkettlegern, welche ständig unter dem Tarife sich anbieten und arbeiten und so zu den schlimmsten Drückern des Lohnes in diesem Berufe geworden sind.

Bei Schröder & Danziger mußten die Kollegen wegen Lohnforderungen in den Streik treten; beide Streiks gingen leider verloren, da sich Arbeitswillige genug fanden, um den kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen.

Der Streik bei Loibl wurde durch Vergleich beendet. Ohne Arbeitseinstellung wurden fünf bis sieben pZt. Lohnerhöhungen errungen bei Hartmann, List, Klett & Co., Heilmann & Littmann und Kohlbecker & Sohn. Verlegung des Beginnes der Arbeit von 6½ auf 7 Uhr Morgens wurde bei Witt und Seidel erreicht. Ebenso endete die Lohnbewegung der Drechsler mit schönem Erfolge, indem die Erhöhung des Mindestlohnes von ℳ 18 auf 21 die Woche, sowie eine fünf- bis zehnprozentige Lohnerhöhung

erreicht wurde. In einer Reihe von Werkstätten schweben noch Differenzen wegen Lohnerhöhungen.

In Kempten, wo ein ausnehmend günstiger Geschäftsgang herrscht, wurde wiederholt versucht, die Kollegen aufzurütteln, um etwas günstigere Lohnverhältnisse zu erringen; leider ist der Indifferentismus unter den dortigen Kollegen noch zu groß, um die günstige Situation erfolgreich ausnutzen zu können, und zeichnen sich hier hauptsächlich die älteren Kollegen in der größten am Orte befindlichen Schreinerei von Heydecker ganz besonders hierbei aus. Würde jeder einzelne Verbandskollege seine Pflicht in der Agitation vollauf erfüllen und die Zahlstellenverwaltung nach Kräften unterstützen, dann müßte es sicher vorwärts gehen.

Dem Auftrage des Gautages entsprechend wandte sich der Gauvorstand an die Bürstenmacher-Innung von Oberbaiern, um den hier gültigen Bürstenmachertarif im Bereiche der Innung zur Einführung zu bringen; da diese Innung jedoch ihrer Auflösung entgegengeht und für Schwaben und Niederbaiern Innungen in genanntem Gewerbe nicht bestehen, so richteten wir ein Rundschreiben an alle Zahlstellen des Gaues unter gleichzeitiger Zusendung eines Tarifes mit der Aufforderung, durch rege Agitation unter den am Orte befindlichen Bürstenmachern die Einführung des Tarifes zu erstreben. Nachdem auch in unserem Gau alle Anzeichen auf eine Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur vorhanden sind, liegt es lediglich an den Zahlstellenverwaltungen und Kollegen in den einzelnen Orten, durch rege Agitation für Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen, denn nur durch eine alle Kollegen umfassende starke Organisation sind wir in der Lage, von einer günstigen Geschäftskonjunktur Vorteile für die Kollegen zu erringen. Die Korrespondenz umfaßte 255 Stück Einläufe und 506 Stück Ausgänge.

Kassenbericht über das erste Halbjahr

Einnahme.

Kassenbestand vom zweiten Halbjahr 1903	M.	24,48
Beiträge aus der Hauptkasse	„	1100,—
Freiwillige Beiträge der Zahlstellen	„	33,—
Sonstige Einnahmen	„	24,—
Summa	M.	1181,48

Ausgabe.

Diäten und Fahrgelder an Referenten	M.	482,95
„ „ „ für sonstige Reisen	„	97,81
Drucksachen und Inserate	„	172,60
Porto und Schreibmaterial	„	49,06
Persönliche Verwaltungskosten	„	300,—
Sonstige Ausgaben	„	107,70
Kassenbestand für das zweite Halbjahr	„	21,36
Summa	M.	1181,48

Freiwillige Beiträge sandten ein die Zahlstellen Weilheim M. 10, Kempten 5, Pasing 10, München (Sektion Bürstenmacher) 5, Kaufbeuren 3.

München, 7. Juli 1904.

Die Richtigkeit bestätigen die Revisoren:

Josef Spitzer. Bernh. Reitter. Dionys Hofer.

Anth. Ratth, Gauvorsteher, Humboldtstr. 40, 1. Et.
Karl Deintinger, Gaukassierer, Hiedlandstr. 17, 3. Et.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Breslau. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung tagte am 21. Juli. Zu dem äußerst wichtigen Thema: „Wie gestaltet sich die Einführung der Lohnverträge in den Betrieben", gab der Bevollmächtigte Peikert einen eingehenden Bericht. Nach den Vereinbarungen mit der Freien Vereinigung sollte vom 1. Juli ab der fünfprozentige Zuschlag zu den Lohn- und Akkordsätzen bezw. Kostgeld gezahlt werden und man war begierig, zu wissen, wie sich die Lohnzahlung am darauf folgenden Sonnabend gestalten werde. Es sind Beschwerden über Nichteinhaltung der Verträge bei der Ortsverwaltung erhoben worden, jedoch offengestanden nicht in der großen Zahl, wie man eigentlich gefürchtet hatte, es sei denn, daß viele Kollegen mit der Beschwerde zurückhaltend waren. Die Ortsverwaltung schritt überall da, wo der Zuschlag ganz oder zum Teil verweigert worden, sofort ein und es kam in vier Betrieben, Strietzel & Ludwig, Ernst, Sporleder und Mühlbach, zum Ausstande. Der Ausstand währte indessen nur wenige Tage und fiel vollständig zu Gunsten der Ausständigen aus. Außer diesen Betrieben war es noch eine Anzahl, bei welchen die Ortsverwaltung brieflich um Innehaltung der Vereinbarungen herangehen mußte. Aber alles ist wenigstens bis jetzt zur Zufriedenheit der Kollegen ausgefallen. Peikert wünschte, von jeder Abweichung vom Vertrage in Kenntnis gesetzt zu werden; der Vertrag müsse in allen Betrieben auf das gewissenhafteste gehalten werden. Die Kollegen haben dafür einzustehen, daß alles strikte innegehalten wird. Peikert hat bei der Sachlage die Beobachtung machen müssen, daß viele Kollegen zu ihm gelaufen kamen, wenn im Betriebe irgend etwas nicht in Ordnung war, ohne seine Beschwerde dem Meister vorgetragen zu haben. Soviel kann doch von jedem verlangt werden, daß er zunächst sein Anliegen dem Meister vorbringt und abwartet, ob er es ihm abschlägt. Der Verwaltung würde dadurch gewiß viel Mühe und Arbeit erspart werden. An den Werkstattstreiks nahmen im ganzen 89 Mann, darunter einige vom Gewerkverein (H.-D.) teil. Unterstützung wurde im Betrage von M 227 gezahlt. In insgesamt 34 Betrieben mit rund 1000 darin beschäftigten Kollegen ist der Tarif und Lohnvertrag zur Annahme gelangt. Nicht bewilligt haben die Firmen Laufer & Brink, Zimmermeister Kühnel und Kretschmer. Dort muß ganz energisch von unserer Seite gearbeitet werden. Nur sind leider die Kollegen in jenen Betrieben wenig auf dem Posten, sonst wäre es eine Kleinigkeit, jene Firmen bald zur Anerkennung der Tarife zu zwingen. Was den Vertrag mit der Innung anbelange, so habe die Ortsverwaltung bei dem Ausstande bei Mühlbach gezeigt, daß man ernstlich gesonnen sei, auch in den Innungsbetrieben den fünfprozentigen Zuschlag laut Zusage vom 11. April cr. durchzusetzen. Indessen sei es zwischen den Kommissionen der Innung und des Holzarbeiterverbandes zu anderen Vereinbarungen gekommen. Am 18. Juli d. J. fanden zwischen den Kommissionen mündliche Verhandlungen statt, bei welchen man beiderseitig übereingekommen ist, daß die fünfprozentige Zulage zu den Lohn- und Akkordsätzen bezw. zum Kostgeld bestimmt am 1. August d. J. zu erfolgen hat und daß bis zum 1. Oktober 1904 alle Tarife in Kraft sein müssen. Desgleichen ist bis dahin die neunstündige Arbeitszeit in allen Betrieben strikte durchzuführen. Die Lokalverwaltung hätte es gern durchgesetzt, daß der Tarif für erlene Möbel schon bis zum 15. August d. J. eingeführt sein müßte, sie war aber dazu außer stande, weil sie sonst die Errungenschaften hätte aufs Spiel setzen müssen. Unter den Kollegen auf Erlen-Möbel brachte die Mitteilung eine große Erregung hervor, sie arbeiten meistens nach Tarif und müssen nun bis 1. Oktober auf die Verbesserung warten. Sie wurden von verschiedenen Seiten besänftigt. Schließlich erklärte sich die Versammlung mit den am 18. Juli getroffenen Vereinbarungen mit der Innung einverstanden in der Voraussetzung, daß nunmehr endgültig zum 1. August dieses Jahres der fünfprozentige Zuschlag gezahlt und bis zum 1. Oktober die Tarife für alle Möbelgattungen eingeführt werden. Die Kollegen der Erlenbranche mögen sich aber zu einem Kampfe rüsten. Wenn auch die Einführung des Tarifs bis zum 1. Oktober dauert, so taten wir es nur, um nicht einen unnötigen und hartnäckigen Lohnkampf mit den gesamten Innungsmeistern zu führen. Jeder anständige Innungsmeister wird ohne weiteres seinen aufgenommenen Verpflichtungen gegenüber der Einführung und Anerkennung des Tarifes nachkommen. Um so mehr können wir dann mit größerer Wucht denjenigen Meistern beikommen, welche glauben, noch weiter ihre Gesellen zu den alten Bedingungen auszupowern. Darum Ruhe, Geduld und Einigkeit Ihr Erlen-Tischler. Wir stehen hinter Euch. Am Mittwoch, den 14. Juli d. J., wurde hier der Generalstreik der Parkettleger proklamiert. Puschmann berichtete sodann über den Streik der Parkettleger. Diese sehnten sich schon lange nach einem einheitlichen Tarif. Da dieser von den in Betracht kommenden Unternehmern abgelehnt wurde, traten sämtliche 66 Leger in den Streik ein und hielten fest daran. Es sei bis jetzt gelungen, zwei der größten Firmen, die Vereinigten Parkettfabriken und die Firma Louis Heine, wenn auch nicht zu einer Tarifgemeinschaft, doch zur Lohnaufbesserung zu veranlassen. Die dort beschäftigten Leger haben bereits die Arbeit wieder aufgenommen. Es streiken noch etwa 30 Mann, es sei indessen Aussicht vorhanden, auch für sie Lohnverbesserung zu erlangen. Die Versammlung erklärte sich solidarisch mit den Streikenden. Am folgende Tage konnte der Streik der Parkettleger mit einem guten Erfolge derselben beendet werden. Der größte Erfolg ist die Abschaffung des Zwischenmeistersystems. Das macht die Errungenschaften der Breslauer Parkettleger ungemein wertvoll. Nebenbei ist auch eine Lohnerhöhung von 15 pZt., sowie die neunstündige Arbeitszeit zur Durchführung gebracht worden. Anfangs weigerten sich die Fabrikanten, mit der Leitung des Verbandes zu verhandeln, aber es wurden alle Verträge mit der Unterschrift der Verwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes gegengezeichnet, und so sind wir nach jeder Richtung hin gewürdigt worden. An den Parkettlegern liegt es nun, das Errungene hochzuhalten und ihre junge Organisation auszubauen und zu befestigen.

Großröhrsdorf. Lange konnte hier der Holzarbeiterverband nicht Fuß fassen; nur einzelne Kollegen gehörten der Zahlstelle Radeberg an. Erst verschiedene, immer mehr zu Tage tretende Mißstände bei der hier am Orte in der Holzindustrie maßgebenden Firma H. Menzel (Tischfabrik) konnten die dort beschäftigten Kollegen zum Beitritt bewegen. In zwei aufeinanderfolgenden Werkstattbesprechungen, in welchen die Verwaltung der Radeberger Zahlstelle zugegen war, erklärten sämtliche anwesenden Kollegen (42) ihren Beitritt zum Verband. Demgemäß wurde beim Zentralvorstand die Gründung einer Zahlstelle beantragt und Vorschläge der Personen zur Verwaltung gemacht. Im Beisein des Gauvorstandes, Kollegen Gerlitzke, wurde in einer späteren Besprechung die Wahl der Verwaltung vorgenommen; aus derselben gingen als gewählt hervor: Edwin Bürger als Vertrauensmann, Heinrich Reinisch als Kassierer, Karl Niratschke als Schriftführer, Karl Wenzel und Albin Müller als Revisoren, die Kollegen Brendel und Decke als Unterkassierer (Zeitungskolporteure). Am 26. Juni fand in Radeberg unter zahlreicher Beteiligung der Kollegen von Großröhrsdorf die Gründung der Zahlstelle durch Kollegen Gerlitzke statt; sie ist am 1. Juli in Kraft getreten. Am 4. Juli fand bereits der erste Zahlabend statt. Kollege Heimann referierte eingehend über: „Die Gewerkschaftsbewegung und deren Entwicklung". Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Die Mitgliederzahl hat sich auf rund 70 erhöht, welche sich aber nur lediglich auf den oben angegebenen Betrieb konzentriert. Es wäre aber an der Zeit, daß sich die in der Weißmöbelbranche tätigen Kollegen dem Verbande anschlössen, um eventuell auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuwirken. Das Gleiche gilt auch für die hiesigen Mangelbauer bei Thomas & Röntsch, ebenso für die Stellmacher und Wagenbauer. Den Kollegen aber möchten wir zurufen: Seid einig, sorgt dafür, daß nicht durch kleinliche und persönliche Reibereien die einmal geschaffene Position wieder verloren geht, denn vereinzelt sind wir nichts, vereint alles. Agitieren wir unablässig für den Verband, um die noch außenstehenden Kollegen für uns zu gewinnen, erst dann werden wir Vorteile erringen können.

Halberstadt. In der Möbeltischlerei von Biertimpel ist es am 23. Juli nach abgelaufener Kündigungsfrist zur Arbeitseinstellung gekommen. Herr B. hat versucht, die einzelnen Kollegen zu Abmachungen über die Lohnverhältnisse zu beeinflussen, worauf aber keiner der Kollegen einging. Auf Grund dieser minimalen Forderungen, welche wir schon in voriger Nummer bekannt machten, gegenüber dem ablehnenden Verhalten des Meisters, hat es den Anschein erweckt, als wenn Herr B. die Gesellen mit der Hungerpeitsche strafen wollte. Bestärkt werden unsere Kollegen in dieser Ansicht dadurch, daß Herr B. versucht, seine Arbeiten an andere Meister zu vergeben. Hoffentlich wird noch eine friedliche Verständigung möglich sein. Im anderen Falle können wir einen Kampf mit froher Zuversicht aufnehmen, denn unsere Zahlstelle ist dank der letzten rührigen Agitation derartig gestiegen, daß es nur noch einzelne Tischler in Halberstadt gibt, die der Organisation noch nicht angehören. Wir wollen keine Kraftprobe, sondern suchen den Weg der Verständigung. Wenn wir zum Kampf gekommen sind, so deshalb, weil wir es uns nicht gefallen lassen können, daß trotz der teuren Miete- und Lebensmittelpreise unsere Löhne herabgesetzt werden. Vier Jahre der größten geschäftlichen Depression mit all ihren Leiden haben wir durchzukosten gehabt, jetzt ist aber eine Aenderung zum besseren eingetreten, die wir schon zu Anfang auszunutzen haben. Die Arbeitgeber müssen sehen, daß die Gesamtheit, nicht nur einzelne, die berechtigten Forderungen erhebt. Wir dürfen nicht hinter anderen Städten zurück bleiben, die sowohl einen höheren Verdienst bei kürzerer Arbeitszeit, besserer Behandlung und bessere gesundheitliche Einrichtungen haben als wir, das alles brauchen wir im Interesse unserer Familie und unser selbst willen. Darum appellieren wir an alle auswärtigen Kollegen, uns in unserem Kampfe zu unterstützen und den Zuzug von Halberstadt streng fernzuhalten, dann wird es nicht lange dauern, wo das Lied nicht mehr klingt: „Ist es mir doch einerlei, was ich tu und treibe, ob die Arbeit leichter sei, ob sie Schweiß mir treibe, ob ich Erde grabend, scharre nach Gewinn, wenn ich nur am Abend, zerschlagen und müde bin."

Halle a. d. S. In der letzten Mitgliederversammlung wurden die Mißstände, welche in der Möbeltischlerei von Kirchner, Harz Nr. 1, herrschen, scharf kritisiert. Der Herr hat hier eine Tischlerei, welche er von seinem kaufmännischen Standpunkt aus so rentabel als möglich betreiben möchte. So hat er wohl Maschinen aufgestellt, aber nur eine Hobelbank. Nun kommt es vor, daß vier bis fünf Kollegen eingestellt werden; diese müssen dann an sogenannten Tischen, das heißt 2" Brettern, ihre Schränke oder Kommoden bauen. Was da geliefert werden kann, mag sich jeder Kollege selbst sagen. Ein Blick in die Werkstatt zeigt dann auch eine Menge halbfertiger Möbel. Zum Polieren hat Herr K. als erster am Platze junge Mädchen engagiert. Für M 1 pro Tag liefern sie ja genug, aber die Qualität läßt viel zu wünschen übrig. Auch sein Kontor hat er nur mit weiblichen Hülfskräften besetzt. Die Arbeitszeit beträgt 66 Stunden pro Woche, gegen 58 Stunden in den anderen Tischlereien. Der Lohn wird gewöhnlich Sonnabends festgesetzt und beträgt 22 ₰ bis 25 ₰ pro Stunde. Der Minimallohn beträgt hier am Orte 37 ₰. Da nun die Kollegen am Orte das lebhafteste Interesse haben, derartige Lohn- und Arbeitsverhältnisse gar nicht erst aufkommen zu lassen, wurden zwei Kollegen beauftragt, den Herrn auf die ortsüblichen Bedingungen aufmerksam zu machen. Die Verhandlungen sind aber fruchtlos ausgefallen. Vorläufig möchten wir auf diese Werkstatt aufmerksam machen, und namentlich die jüngeren Kollegen warnen, damit sie nicht zu ihrem Schaden eine ganze Woche für 22 ₰ Stundenlohn arbeiten müssen.

Landsberg a. d. W. Ueber den Tischlerstreik am hiesigen Ort ist zu berichten: In einer Verhandlung seitens der Lohnkommission der Gesellen mit der Kommission der Arbeitgeber wurde folgendes beschlossen: 1. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt in sämtlichen Betrieben 58 Stunden. Am 1. April 1905 tritt die 57stündige Arbeitszeit in Kraft; jedoch behalten sich die Arbeitgeber vor, vier Wochen vor dem 1. April 1905 eine Aussprache von Organisation zu Organisation über die Möglichkeit letzterer Bewilligung zu pflegen. 2. Ueberstunden werden nach Möglichkeit vermieden, sollten solche in unabweisbaren Fällen gemacht werden, so werden dieselben mit 5 ₰ Aufschlag pro Stunde bezahlt. 3. Am Vorabend der drei großen Feste ist Mittags Arbeitsschluß. 4. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. 5. Die Regelung der Lohn- und Akkordpreise erfolgt in den zwei größeren Betrieben einzeln, bei den Kleinmeistern innerhalb der Innung. Die Streikleitung bemerkt dazu: Wenn wir uns auch nicht recht mit der Einführung der 57stündigen Arbeitszeit am 1. April 1905 durch den Zusatz betreffs einer vorherigen Aussprache einverstanden erklären können, so sind wir der Meinung, daß, wenn die Kollegen fest zur Organisation halten, es uns auch möglich sein wird, diese Bewilligung zum festgesetzten Zeitpunkt zur Durchführung zu bringen. Die Verhandlungen über die Regelung der Lohnverhältnisse in den zwei größeren Betrieben führten zu dem Ergebnis, daß die Unternehmer 8 pZt. bewilligten. Die Kollegen standen anfangs auf dem Standpunkt, unter 10 pZt. die Arbeit nicht aufzunehmen. Nachdem aber die Kommissionen noch mehrmals mit den Unternehmern Rücksprache genommen hatten und nicht mehr zu erreichen vermochten, stimmten die Kollegen dem zu, um den Frieden wegen 2 pZt. nicht scheitern zu lassen und nahmen die Arbeit auf. Bei den Innungsmeistern wird die Regulierung der Lohn- und Akkordpreise indes etwas schwieriger. 7½ pZt. lautet die Bewilligung zu einem veralteten Lohntarif, dessen Preise schon vor 10 Jahren bezahlt wurden. Die Kollegen würden demnach schlechter gestellt sein als vor dem Streik, und werden, falls die Unternehmer nicht mehr zulegen wollen, sich anderweitig Arbeit verschaffen, als zu diesen Bedingungen nochmals bei den Dachstubenmeistern ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Im Streik befinden sich noch 32 Kollegen; deshalb bitten wir, den Zuzug von Tischlern und Polierern noch fernzuhalten.

Olbernhau. Die Bau- und Möbeltischler von Olbernhau und Niederneuschönberg, ausschließlich der in der Möbelfabrik von Weinhold beschäftigten Kollegen befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Hauptforderungen sind: Sechzigstündige Arbeitszeit pro Woche, 10 pZt. Lohnerhöhung auf Akkord- und Zeitlohn, Abschaffung von Kost und Logis beim Meister. Die letzgenannte Forderung kommt in zwei Betrieben und da auch nur bei einer ganz geringen Zahl Arbeiter in Betracht. Durch einmütiges Zusammenhalten der Kollegen konnte die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit von wöchentlich vier Stunden, sowie die Lohnerhöhung ohne Arbeitseinstellung in vier Werkstätten mit 27 Arbeitern zur Einführung gebracht werden. Auf die Abschaffung von Kost und Logis beim Unternehmer soll von beiden Seiten

ein Druck nicht ausgeübt werden. Dazu sei bemerkt, daß, wenn dieses patriarchalische Arbeitsverhältnis zum Teil noch besteht, die betreffenden Kollegen es selbst verschulden. Ein Druck wird von seiten der Arbeitgeber nicht ausgeübt, sondern sie wollen es leider selbst. In den Tischlereien von Paul Reuter und Gustav Reuter mit nur sieben Arbeitern konnte bis dato eine Einigung nicht erzielt und soll dort mit der Arbeitseinstellung vorgegangen werden. Diese genannten Meister lehnen die nur zu sehr berechtigten Forderungen mit der Begründung ab, hätten sie solche tüchtige Arbeitskräfte wie die übrigen Tischlermeister am Orte, so würden sie ebenfalls bewilligen. Daß das nur faule Ausreden sind, dürfte wohl dem beschränktesten Arbeiter einleuchten, oder glauben die betreffenden Meister wirklich, daß sie bei einer längeren Arbeitszeit und niedrigeren Löhnen als die ortsüblichen der betreffenden Branche am Orte sind, die besten Arbeitskräfte erhalten? Die Zeiten dürften auch für Olbernhau vorüber sein, daß sich verheiratete tüchtige Tischler für einen Wochenlohn von ℳ 15—17 bei 64stündiger Arbeitszeit anbieten. Es ist auch ganz ausgeschlossen, mit einem derartigen Wochenverdienst die Pflichten gegen Familie, Staat, Gemeinde und nicht zuletzt dem Hauswirt gegenüber zu erfüllen. Aber es ist offenbar, sie wollen diese Arbeiter überhaupt nicht, da sie nur zu gut wissen, daß diese für einen Pappenstiel nicht arbeiten. Es gilt nun, diesen Herren begreiflich zu machen, daß es auch für sie besser ist, die berechtigten Forderungen ihrer Gehülfen zu bewilligen. Deshalb ersuchen wir die Kollegen, streng Solidarität zu wahren und diese zwei Werkstätten zu meiden. Aber auch für die Kollegen der anderen Branchen muß diese Errungenschaft ein Beweis sein, daß die Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse nur das Werk der Gemeinsamkeit ist, und die Kraft zu dieser gemeinsamen Arbeit liegt zunächst im Anschluß an den Deutschen Holzarbeiterverband.

Rheinfelden i. d. Schweiz. Der gegenwärtige Streik in der hiesigen Rohrmöbelfabrik dauert unverändert fort. Sicherlich wäre der Streik schon lange zu unseren Gunsten beendet, wenn es nicht die deutschen Kollegen wären, welche uns in den Rücken gefallen sind, indem sie hier zureisten und Streikbrecherdienste leisteten. Es ist nicht gerade schmeichelhaft für die deutschen Korbmacher, wenn wir konstatieren müssen, daß in der ganzen Schweiz nur zwei Mann waren, welche sich zu der traurigen Rolle als Streikbrecher hergaben, während sie aus einem einzigen Orte in Deutschland zu Dutzenden hier angewalzt kamen. Mögen sich die deutschen Kollegen diese Streikbrecherbrutstätte, Steinfeld in der Pfalz, merken, damit sie in einem sie selbst angehenden Falle wissen, was sie von dort zu erwarten haben.

Das Streikkomitee. J. A.: R. Oehler.

Anmerkung der Redaktion. Daß die schweizerischen Kollegen unter deutschen Arbeitswilligen zu leiden haben, ist recht bedauerlich; ganz sicher handelt es sich um Leute, die nicht organisiert sind. In Steinfeld hat der Holzarbeiterverband keine Zahlstelle; es werden Hausindustrielle gewesen sein, die von irgend einem Agenten angeworben, in vollster Unkenntnis der Sache nach dort gekommen sind.

Zwickau. (Berichtigung.) Herr Eduard Bauer, Möbelfabrikant, schreibt uns, daß die Ausführungen über seine Werkstatt in Nr. 25 der „Holzarbeiter-Zeitung" unwahr sind, ganz besonders aber in bezug auf die darin angegebenen Löhne. Herr B. schreibt uns, daß seine Arbeiter bis zu 38 ₰ pro Stunde verdienen, und daß der bei ihm gezahlte Durchschnittslohn ℳ 20,74 pro Woche beträgt, wohingegen die Tischlerinnung nur einen Durchschnittslohn von ℳ 18.50 pro Woche zahle. Richtig sei nicht, daß in seiner Werkstatt nur einer nicht organisiert sei, es seien derer mehrere.

Wir wissen nicht, inwieweit die Angaben des Einsenders und die des Herrn Bauer auf Richtigkeit Anspruch machen können. In der vom Holzarbeiterverband veranstalteten Enquete im Jahre 1902 beträgt der Durchschnittslohn in Zwickau ℳ 18,60, d. i. pro Stunde 30 ₰, bei einer durchschnittlichen 62stündigen Arbeitszeit. In der fraglichen Statistik sind 19 Mann angegeben, die über ℳ 20—25 verdienen. Wo diese arbeiten, ob bei Herrn B. oder anderswo, ist aus der Statistik selbstverständlich nicht ersichtlich. Auf jeden Fall bedarf die Angelegenheit einer näheren objektiven Aufklärung. Wir haben alle Veranlassung, darauf zu drängen, daß weder unserem Gewährsmann noch Herrn Bauer Unrecht geschieht. Darum wird der erstere sich noch einmal äußern müssen, eventuell mag der Gauvorsteher einmal untersuchen, wer recht hat. Die Red.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Zum Tischlerstreik in Eilenburg schreibt man uns: Die „Fachzeitung" hatte in Nr. 28 behauptet, daß, wenn die Eilenburger Gesellen nicht im stande wären, bei den Preisen, die höher als in Berlin sind, einen auskömmlichen Lohn zu verdienen, dann könne das nur damit erklärt werden, daß die Mehrzahl der Streikenden aus minderwertigen Kräften bestehe. Die „Holzarbeiter-Zeitung" hat bereits darauf hingewiesen, daß, wenn man sich auf Berliner Preise berufe, man auch die Art der Produktion berücksichtigen müsse. In Berlin ist die Arbeitsweise ganz anders. Dort werden die Spezialarbeiten immer zu vier oder sechs Stück angefertigt; der betreffende Spezialarbeiter macht aber Jahr aus Jahr ein immer dieselbe Arbeit, kann also bedeutend mehr leisten als ein Geselle in Eilenburg, der jedesmal eine andere Arbeit bekommt. Es werden fast immer nur Einzelarbeiten vorgegeben und immer neuere Muster, bei denen sich kein bestimmter Preis festsetzen läßt. Die „Fachzeitung" fabelt davon, daß wir hier eine Machtprobe von Leipzig aus durchführen lassen wollen. Das ist ein Unsinn; nicht wir, sondern die Führer des Schutzverbandes sind es, die Machtproben liefern wollen, sind sie es doch, die erklären, unsere Forderungen bewilligen zu können, aber aus Prinzip wollen sie es nicht. Unsere Streikleitung befindet sich nicht, wie die „Fachzeitung" schreibt, in Leipzig, sondern hier; wir beschließen, was wir zu tun für nötig halten. Wenn uns der Gauvorsteher aus Leipzig bisweilen zur Seite steht, so hat er damit noch nicht die Leitung in Händen; wir vermuten sehr stark, daß die „Fachzeitung" und deren Hintermänner von sich auf andere schließen; denn es ist doch unbestreitbar, daß tatsächlich die Obermacher der Eilenburger Tischlermeister in Berlin zu suchen sind; jene Verfechter des „reinen Prinzips" sind es, denen die Eilenburger Tischlermeister einstens ihren wirtschaftlichen Reinfall zu klagen haben werden. Weiter behauptet die „Fachzeitung", daß den Gesellen eine zehnprozentige Lohnerhöhung und eine verkürzte Arbeitszeit von 60 auf 58 Stunden angeboten, aber abgelehnt worden sei. Von einer zehnprozentigen Lohnerhöhung ist den Gesellen hier nichts bekannt, und die 57stündige Arbeitszeit sollte nur dann eingeführt werden, wenn eine Kommission, bestehend aus drei Meistern und drei Gesellen, zu der Ueberzeugung käme daß die bis dahin bestehende 58stündige Arbeitszeit von den Gesellen vollständig ausgenützt werde. Betonen wollen wir noch, daß es nicht an uns lag, daß der Streik noch nicht beendet ist; wir haben den guten Willen gehabt, verehrte „Fachzeitung", aber die Meister haben von Anfang an nicht ernsthaft daran gedacht, zu unterhandeln, sondern haben die Sache immer weiter verschleppt; und so ist es bis heute zu einer ernst zu nehmenden Verhandlung noch nicht gekommen.

Der Schutzverband wird, in Eilenburg wie auch anderswo, wieder den Beweis erbringen, daß er mit seiner Taktik den Arbeitern nicht schaden, aber das Handwerk gründlich auf den Hund bringen kann. Nach Beendigung des Kampfes, der nun schon 13 Wochen dauert, werden wir erfahren, was der „prinzipielle Ablehnungskampf" den Meistern für „Segen" gebracht hat. Diejenigen, die dem Ruin immer näher kommen, mögen sich dann beim Schutzverbande bedanken, der jede Verständigung prinzipiell abgelehnt hat.

Die deutschen Holzarbeiter bitten wir nach wie vor, den Zuzug nach hier streng fernzuhalten und uns dadurch in unserem Kampfe nach Kräften zu unterstützen.

Achtung! Tischler, Drechsler, Holzbildhauer, Maschinenarbeiter und Polierer. In Langenöls sind bei der Firma „Schlesische Holzindustrie-Gesellschaft" vormals Ruschewey & Schmidt, sämtliche oben benannten Branchen in den Streik eingetreten. Zuzug ist daher streng fern zu halten. Schon öfter hat die Firma durch verschiedene Manipulationen die Verdienste der Arbeiter geschmälert und jedesmal ist es der Direktion gelungen die dadurch erregten Gemüter durch Versprechungen zu beschwichtigen, um dieselben aber natürlich niemals zu erfüllen. So war es auch im vorigen Jahr. Als wegen unausgesetzter Preisdrückerei die Wogen der Erregung hoch gingen, glaubte man immer noch den Versprechungen der Direktion, die Uebelstände zu beseitigen, Glauben schenken zu können. Aber anstatt, daß die Uebelstände beseitigt worden wären, wurden dieselben umsomehr vermehrt. Die Arbeiter hatten sich ja bisher immer so leicht beschwichtigen lassen und so ging man daher seitens der Fabrikleitung wohlgemut daran, durch vermehrte Teilung der Arbeit in der Tischbranche die Verdienste der betreffenden Arbeiter bis zu 50 pZt. zu kürzen. Alte Arbeiter, die ein halbes Menschenalter in der Fabrik arbeiten, sagen, daß sie noch nie mit solch geringem Verdienst nach Hause gegangen sind. Dieses Verfahren schlug denn auch dem Faß den Boden durch. In einer am 18. Juli stattgehabten Versammlung wurde beschlossen, den ewigen Preisdrückereien mit Einreichung von Forderungen zu begegnen und der Arbeiterausschuß sowie die Vertreter beider in Betracht kommenden Organisationen, Hirsch-Dunckerscher Gewerkverein und Deutscher Holzarbeiterverband, mit der Vertretung der gestellten Forderungen beauftragt.

Die Forderungen sind folgende: 1. Neunstündige Arbeitszeit, bisher 9½ Stunden. 2. Abschlagzahlung bei Akkordarbeiten in Höhe des vereinbarten Wochenlohnes, bisher wurden als Abschlagszahlung in 14 Tagen höchstens ℳ 36, im Durchschnitt aber ℳ 30 und darunter gegeben. 3. Sicherung des vereinbarten Lohnes bei Neuarbeiten. 4. Wöchentliche Lohnzahlungen, bisher alle 14 Tage. 5. Sicherung eines Wochenlohnes von mindestens ℳ 15 für alle handwerksmäßig beschäftigten Arbeiter pro Woche. 6. 10 pZt. Aufschlag auf alle bisherigen Löhne und Akkordpreise. 7. Für Ueberstunden ein Zuschlag von 25 pZt. Für diejenigen Zweige der Tischbranche, die mit Lohnreduzierungen bedacht worden sind, bewegen sich die gestellten Forderungen in Höhe der gemachten Abzüge.

Antwort auf die gestellten Forderungen war bis Freitag, den 23. Juli, erbeten worden, die aber erst eingeholt werden mußte und zunächst dahin lautete, daß alles rundweg abgelehnt werde. Bis Sonnabend Nachmittag hatte sich die Direktion eines anderen besonnen und bot als Bewilligung neunstündige Arbeitszeit sowie 25 pZt. Zulage für Ueberstunden mit dem Zusatz „schlechte Löhne werden aufgebessert". Mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln, wurde abgelehnt. Die hierauf Sonnabend Abend stattgefundene Versammlung war jedoch der Ansicht, daß auf Versprechungen nach den bisher gemachten Erfahrungen nichts zu geben sei und wurde demzufolge mit 320 gegen 8 Stimmen in geheimer Abstimmung beschlossen, die Arbeit von Montag ab einzustellen. Pflicht eines jeden denkenden Kollegen ist es, die Streikenden moralisch zu unterstützen, was darin besteht, daß sich keiner verlocken läßt, als sogenannter Arbeitswilliger nach dort zu gehen.

Die Scharfmacher unter den Bremer Tischlermeistern treiben ihr Wesen in Verden a. d. Aller. Der Zweck einer bei dem Gastwirt Höltje daselbst einberufenen Tischlermeisterversammlung sollte sein, die Verdener Tischlermeister gegen ihre ruhig arbeitenden Gesellen aufzuhetzen. Die „Bremer Bürger-Ztg." hat recht, wenn sie schreibt: „Wenn die Verdener Tischlermeister klug sind, so lassen sie sich von den „Besitzern größerer Geschäfte" nicht einseifen!"

Der Meinung sind wir auch.

Der Streik der Tischler in Eberswalde ist am 21. Juli beendet worden. Bewilligt wurde die neuneinhalbstündige Arbeitszeit, 2½ pZt. Lohnaufschlag und vom 1. April nächsten Jahres ab weitere 5 pZt.

Gelegentlich des Zimmererstreiks in Emden sind 21 Tischler, die sich weigerten, Streikarbeit zu machen, ausgesperrt worden. In Anbetracht dessen haben die Tischler einige Forderungen gestellt, fanden aber kein Entgegenkommen, woraufhin der Bautischlerstreik proklamiert wurde. Zuzug ist fern zu halten.

Achtung, Korbmacher! In Hamburg haben die Korbfabrikanten Gebr. Schrader, Ahrens und Schätte auf Geschoßkörbe große Lohnabzüge gemacht. Die Gesellen versuchten diesen Abzügen durch einen Abwehrstreik zu begegnen; 35 Kollegen sind arbeitslos geworden, da die Fabrikanten auf ihrem Entschluß verharrten; 13 sind abgereist. Zuzug ist fernzuhalten.

Der Streik der Mühlberger Korbmacher dauert fort. Die Zahl der Streikenden ist auf 4 gesunken, während 21 Kollegen zu den neuen Bedingungen arbeiten. Außer einem aus Dresden nach Mühlberg gekommenen sind bis jetzt von außerhalb Arbeitswillige nicht zu verzeichnen. Es wird gebeten, nach wie vor den Zuzug nach Mühlberg fernzuhalten, was ja angesichts der lebhaften Nachfrage nach Arbeitskräften anderwärts leicht durchzuführen ist.

Ueber die Neunstundenbewegung und die Aussperrung der Tischler in Prag schreibt der „Holzarbeiter" in Wien:

„Obwohl jene Unternehmer, die noch in der angenehmen Lage sind, andere für sich arbeiten zu lassen, bereits den Neunstundentag wieder eingeführt haben, spielt noch eine ganze Reihe von ihnen die Unerbitterlichen und will von einer Einigung mit den Arbeitern nichts wissen. Dieser Widerstand fällt ihnen allerdings sehr leicht, da diese armen Teufel selber nichts zu tun haben. Ihre wenigen Kunden haben sie sich mit der verpfuschten Arbeit der Streikbrecher vertrieben, daß sichs diese gewaltig überlegen werden, bei solchen Krautern arbeiten zu lassen. Es wird nicht lange dauern, werden diese Leute selber als Arbeiter in die Werkstätte kommen, wo sie dann Gelegenheit haben werden, über die Berechtigung der Forderungen nachzudenken. Recht sonderbar ist die Taktik der Unternehmer, immer mehr Tischler aus der Provinz nach Prag zu locken. Nicht nur durch Inserate, sondern auch durch die städtische Arbeitsvermittlung werden die Arbeiter unter falschen Vorspiegelungen nach Prag gelockt. Wenn sie dann die Arbeit antreten sollen, heißt es: „Ich habe schon einen aufgenommen," obwohl es eine absolute Lüge ist. Ihre Absicht ist, die Anzahl der Arbeitslosen in Prag ins Ungemessene zu steigern, um durch diese einen Druck auf die Arbeitsverhältnisse auszuüben.

Gegen diese Rücksichtslosigkeit muß natürlich seitens der Arbeiter mit derselben Rücksichtslosigkeit aufgetreten werden, da doch nicht geduldet werden darf, daß die Unternehmer aus der Not des Arbeiters Kapital schlagen. Außer jenen Betrieben, wo die Aussperrung mit Erfolg beendet wurde, wurde noch in elf Betrieben, die sich an der Aussperrung nicht beteiligten, eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht.

Die Anzahl der Ausgesperrten ist in beständigem Abnehmen begriffen, doch ist die Zahl der am Kampf Beteiligten noch immer ganz bedeutend."

Die Bautischler und Zimmerleute in Stockholm, soweit sie Mitglieder betreffender Organisationen waren, sind vom 18. Juli ab von den Unternehmern ausgesperrt worden. Wie verlautet, soll diese Aussperrung auf ganz Schweden ausgedehnt werden.

Gewerkschaftliches.

Eine große Bauarbeiteraussperrung in Mitteldeutschland erfolgte aus dem Anlaß: Die Führer der Arbeiter hatten die Parole ausgegeben, daß, wenn die Arbeiter über ihre Organisationszugehörigkeit befragt werden, sie die Zugehörigkeit zu einer Organisation verleugnen sollten. In Frankfurt a. M., Offenbach, Hanau, Wiesbaden, Darmstadt, Mainz und anderen Orten, sind bereits Aussperrungen erfolgt. Wie groß die Zahl ist, läßt sich noch nicht genau feststellen. Im Maingebiet arbeiten zirka 10 000 Maurer und Zimmerer; wenn sie alle ausgesperrt werden sollen, dann dürfte die Zahl der Personen, einschließlich der Familienangehörigen, zirka 30 000 betragen. Eine Versammlung der Ausgesperrten hat am 17. Juli mit folgenden Lohnforderungen auf die Aussperrung geantwortet: Der Stundenlohn beträgt vom 1. August 1904 52 ₰; vom 1. April 1905 55 ₰. Junggesellen unter 19 Jahren bekommen 5 ₰ die Stunde weniger. Die Vereinbarungen sollen vorläufig bis zum 31. Juli 1906 gelten. Die übrigen Forderungen beziehen sich auf Lohnzahlungen, Arbeiterschutzvorrichtungen und dergleichen.

Die gänzlich vom Zaun gebrochene Aussperrung kann also eventuell auch den von den Scharfmachern nicht beabsichtigten Erfolg haben, daß die Herren die Löhne ihrer jetzt übermütigerweise aufs Pflaster geworfenen Leute erhöhen müssen.

Die Berliner Gummiarbeiter haben ihren Arbeitgebern einen Tarif unterbreitet der folgende Positionen vorsieht:

Der Anfangslohn für männliche Arbeiter über 18 Jahre soll ℳ 18, für männliche Arbeiter von 16—18 Jahren ℳ 13 und für Arbeiterinnen ℳ 11 wöchentlich betragen. Die Löhne sollen jedes Jahr um ℳ 1 wöchentlich steigen bis zur Höchstgrenze von ℳ 25. Die jetzigen Löhne sollen um 20 pZt., die Akkordlöhne um 10 pZt. erhöht und die Ueberstunden mit 25 pZt. Aufschlag bezahlt werden. Außerdem fordern die Arbeiter die Errichtung eines Arbeitsnachweises und die Durchführung der dringlichsten sanitären Maßnahmen, durch welche den Schädigungen der Gesundheit der Arbeiter vorgebeugt wird.

Wer geglaubt hat, daß die an sich bescheidenen Forderungen der Gummiarbeiter bewilligt würden, der täuschte sich gewaltig. Die „Gummizeitung", das Organ der Fabrikanten, schreibt zu der Eingabe der Arbeiter folgendes:

„Dieses Rundschreiben ist sowohl in seinem Inhalte wie in seiner Fassung eine Dreistigkeit, es ist aber auch eine direkte Unklugheit, denn wenn die „Normen", die einen Höchstlohn von ℳ 25 vorsehen, zur Durchführung gelangen, so würden sich eine ganze Reihe älterer Arbeiter erheblich verschlechtern. Der Schwerpunkt des Ganzen liegt zweifellos in der Forderung eines 20- bezw. 10prozentigen Zuschlages auf die jetzigen Löhne. Wir enthalten uns zunächst jeder weiteren Ausführung zu diesem Vorstoß, da, wie wir hören, die Berliner Gummiwarenfabriken geschlossen dazu Stellung nehmen und gemeinsam handeln werden und die in Vorbereitung befindlichen Beschlüsse durch polemische Erörterungen nur gestört werden könnten. Das Eine können wir aber wohl schon heute sagen: sollten die Berliner Gummiarbeiter wirklich so unklug sein, sich in einen Streik hineinhetzen zu lassen, so würde das nur ihren schwersten Schaden bedeuten und der Erfolg kein besserer sein, wie seinerzeit in Harburg. Die Gummiindustrie bietet keinen Boden für sozialdemokratische Machtproben; sie ist jederzeit eine Branche gewesen, die für das Wohl und die fortschreitende Aufbesserung ihrer Arbeiter ganz von selbst gesorgt hat, die für Fleiß, Intelligenz und Treue ein lohnendes Feld darstellt, aber sie wird sich nimmermehr das Herrenrecht im eigenen Hause nehmen und sich einseitig „Normen" aufzwingen lassen, die ihr das Selbstbestimmungsrecht über Entlohnung und Arbeitszeit, sowie Auswahl der Arbeiter entziehen. Hoffen wir, daß es der Vernunft und Einsicht gelingt, eine friedliche Beilegung herbeizuführen."

Wir müssen gestehen, daß uns die Form der Lohneingabe gerade auch nicht gefällt, aber das Schreiben deshalb für eine Dreistigkeit zu erklären, fällt uns nicht ein. Im ganzen, meinen wir, sind die Forderungen durchaus angemessen, wenn man bedenkt, daß die Gummifabrikation eine der allergesundheitsschädlichsten aber auch eine für die Fabrikanten lohnendste ist. Es gibt Fabriken genug, die von 9—25 pZt. Dividende an die Aktionäre verteilten und trotzdem Hungerlöhne von 26 und 24 ₰ pro Stunde an erwachsene Arbeiter zahlten. Daß die „Gummizeitung" die Geschichte mit den „sozialdemokratischen Machtproben" nachäfft, ist nicht gerade verwunderlich, ist solche Nachäfferei doch nachgerade Mode geworden. Was hat denn in diesem Falle die Sozialdemokratie mit der Forderung von einigen Pfennigen mehr Lohn zu tun? Doch rein gar nichts. Im übrigen verlangen die Arbeiter gar keine Wohltaten seitens der Gummifabrikanten, sondern einen einigermaßen auskömmlichen Lohn, weil sie wissen, daß sie diese „Wohltaten" mit der ihnen zu niedrig bezahlten Arbeitskraft ja doch bezahlen müssen. Im übrigen meinen wir, hat die „Gummizeitung" gar keine Ursache, sich aufs hohe Pferd zu setzen, insofern, als sie es den Arbeitern verübelt, wenn diese einfach einen Lohntarif unterbreiten und um dessen Anerkennung ersuchen. Die „Gummizeitung" hält und hielt es in den letzten zwei Jahren schon widerholt für ganz selbstverständlich, daß die Gummiwarenkonsumenten die von den Gummifabrikanten diktierten höheren Preise ohne weiteres bezahlen müssen. Das geschah noch zuletzt in ihrer Nummer vom 17. Juni d. J., wo zu wiederholten Malen eine Preiserhöhung von 10 pZt. gefordert wurde.

Also, die Arbeiter der Gummifabrikanten befinden sich, wenn sie das ebenso machen, in sehr guter Gesellschaft; was den Fabrikanten recht ist, muß deren Arbeitern billig sein. Wenn die Fabrikanten in einem Jahre sich mehrere Male höhere Preise zahlen lassen, dann können sie das ihren Arbeitern gegenüber seit mehreren Jahren wohl auch einmal tun. Hoffen wir, daß der Fabrikanten diese Vernunft und Einsicht sich recht bald bemächtigt, dann wird sich eine friedliche Beilegung recht bald herbeiführen lassen.

Verbandstage. Der neunte Verbandstag der **Buchbinder** fand vom 3. bis 8. Juli in Dresden statt. Die Tätigkeit des Vorstandes wurde, von einzelnen untergeordneten Monitas abgesehen, fast allgemein anerkannt. Nicht so die Haltung der „Buchbinderzeitung", deren hyperneutrale Haltung, die des öfteren zu einer Desavouierung der freien Gewerkschaftsrichtung geführt hatte, teilweise scharf verurteilt wurde. Besonders wurde die Haltung der „Buchbinderzeitung" den christlichen Gewerkschaften gegenüber verurteilt, ebenso wie ihre Zähigkeit zur Zeit der Reichstagswahl und bei der Crimmitschauer Aussperrung. Verurteilt wurden auch die aus der Feder des nun zu den christlichen Gewerkschaften übergeschwenkten Frl. Fanny Imle stammenden, die sozialdemokratische Partei verhöhnenden Artikel. Gegen sechs Stimmen wurde eine Resolution angenommen, die sich für Neutralität der Gewerkschaften, aber gegen die Art der Handhabung derselben in der „Buchbinderzeitung" ausspricht, des ferneren auch deren Beurteilung der christlichen Gewerkschaften verurteilt und fordert, auch den Hirsch-Dunckerschen gegenüber eine andere Haltung einzunehmen. Ein Antrag auf Einführung von Staffelbeiträgen und dementsprechenden Unterstützungssätzen wurde mit 43 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Betreffs der Unterstützung bei Streiks werden folgende Unterstützungssätze festgesetzt: Für weibliche Streikende ℳ 7, solche, welche einem eigenen Hausstand vorstehen, ℳ 9, ledige männliche ℳ 12, verheiratete ℳ 15, für jedes Kind unter 14 Jahren ℳ 1 pro Woche. Der Beitrag für männliche Mitglieder wurde von 35 auf 45 ₰, für weibliche von 15 auf 20 ₰ erhöht. Zur Bestreitung örtlicher Ausgaben verbleibt den Zahlstellen ein Betrag von 15 pZt. (bisher 20 pZt.) der Beiträge. Arbeitslosen-Unterstützung soll gezahlt werden (anstatt 4 sind 6 Klassen eingeführt) für männliche Mitglieder: 1. nach 26wöchentlicher Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag 50 ₰ bis ℳ 15 = 30 Tage; 2. nach 52wöchentlicher Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag 75 ₰ bis ℳ 45 = 60 Tage; 3. nach 104wöchentlicher Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag ℳ 1 bis ℳ 60 = 60 Tage; 4. nach 156wöchentlicher Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag ℳ 1,25 bis ℳ 75 = 60 Tage; 5. nach 208wöchentlicher Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag ℳ 1,50 bis ℳ 95 = 60 Tage; 6. nach 260wöchentlicher Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag ℳ 1,75 bis ℳ 105 = 60 Tage. Die Unterstützung der 1. Klasse wird nur den auf der Reise befindlichen Mitgliedern gewährt. Für weibliche Mitglieder: 1. nach 52wöchentlicher Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag 75 ₰ bis ℳ 22,50 = 30 Tage; 2. nach 156wöchentlicher Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag ℳ 1 bis ℳ 35 = 35 Tage; 3. nach 260wöchentlicher Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag ℳ 1,25 bis ℳ 50 = 40 Tage. Ferner eine Krankenunterstützung für weibliche Mitglieder, und zwar: Nach 52wöchentlicher Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag 40 ₰ auf die Dauer von 40 Tagen, in Summa ℳ 16. Die Unterstützung beginnt mit dem 8. Tage. Ausgesteuerte Mitglieder können erst nach weiterer 52wöchentlicher Mitgliedschaft und Beitragsleistung aufs neue Krankenunterstützung beziehen. Schließlich soll eine Hinterbliebenen-Unterstützung für männliche Mitglieder resp. deren Ehefrauen und Kinder im Falle des Ablebens eines Mitgliedes errichtet werden. Auch Hinterbliebene lediger männlicher Mitglieder werden unterstützt. Bedingung ist, daß das Mitglied 3 Jahre dem Verbande angehörte. Die Unterstützungssätze schwanken zwischen ℳ 8 wöchentlich (4 Wochen lang) und ℳ 15 (13 Wochen lang). Ferner schlägt die Kommission betr. der Invalidenversicherung eine Resolution vor, worin der Verbandsvorstand aufgefordert wird, zunächst erst das statistische Material als Unterlage dazu bis zum nächsten Verbandstage (in 3 Jahren) zu sammeln, und event. auf Grund desselben eine entsprechende Vorlage vorzulegen. Bezüglich der Arbeitslosenunterstützung wird beschlossen, daß Mitglieder, die den Höchstbetrag der Unterstützung bezogen, nach 26 Wochen weiterer Beitragsleistung wieder aufs neue Unterstützung von vorn an in derselben Klasse beziehen können. An Umzugskosten sollen künftig gewährt werden: Nach dreijähriger Mitgliedschaft ℳ 20, steigend bei je 52 weiteren Beiträgen um ℳ 5 bis ℳ 60. Wiederholte Unterstützung wird in gleicher Höhe gewährt wie das erste Mal. Neu angefügt wird: den weiblichen Mitgliedern wird die Hälfte der Unterstützung gewährt. Die Anstellung von Gaubeamten soll in Zukunft, soweit ein Bedürfnis dafür vorhanden ist, vorgenommen werden, die Anstellung von Ortsbeamten auf Kosten der Verbandshauptkasse wurde abgelehnt. Ein Antrag, die Portefeuiller zukünftig in den Verband nicht mehr aufzunehmen, wurde abgelehnt. Der Sitz des Vorstandes wurde von Stuttgart nach Berlin verlegt. Dem bisherigen, seit 1885 angestellten Vorsitzenden des Verbandes Dietrich wurde ein jährliches Ruhegehalt in Höhe seines bisherigen Gehaltes, ℳ 2000 pro Jahr, bewilligt, um ihn nicht zur Uebersiedelung nach Berlin zu zwingen. Es wurde weiter beschlossen, die Gehälter der Beamten nach den Gehältern des letzten Gewerkschaftskongresses zu regeln. Das Anfangsgehalt des Vorsitzenden wird auf ℳ 2200, steigend in den ersten drei Jahren um ℳ 100, von da aber um ℳ 50, bis ℳ 3000 festgesetzt. Das Anfangsgehalt des Kassierers und Redakteurs wird auf ℳ 2000 (rückwirkend für die jetzigen Beamten für zwei Jahre), der Höchstbetrag auf ℳ 2700 normiert. Die besoldeten Gauleiter erhalten ℳ 1800 Anfangsgehalt mit denselben Zulagen jährlich bis ℳ 2400. Den nichtbesoldeten Gauvorsteher sollen 8 pZt. der Einnahmen gewährt werden. Der nächste Verbandstag findet 1907 in Nürnberg statt.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

Zielbewußte Statistik scheint die neueste Parole der dem Kaiserl. Statistischen Amt nahestehenden Kreise zu sein, wie folgendes von einem Mitgliede des Staatswissensch.-Statist. Seminars in Berlin versandte Rundschreiben an Großindustrielle erkennen läßt:

„Ich habe durch Herrn Dr. Zahn, kaiserl. Regierungsrat am Kaiserl. Statistischen Amt, die Anregung zur Behandlung des Themas: „Die Belastung der Industrie durch die Reichsversicherungs-Gesetzgebung" empfangen. Da eine derartige Abhandlung mangels Vorhandenseins genauen statistisch abgeschlossenen Materials sich aufbauen muß auf Grund statistischer Angaben nach dieser Richtung hin seitens einer Anzahl typischer Großbetriebe, so bitte ich Ew. Hochwohlgeboren ganz ergebenst, unter Berufung auf obige Stelle, mir, soweit möglich, statistisches Material zur Verfügung stellen zu wollen, welche Belastung Ihrem Betriebe durch die einzelnen Zweige der Arbeiter-Versicherungs-Gesetzgebung bereits entstanden ist.

Ich darf dabei wohl bemerken, daß ich an die Abhandlung durchaus nicht von einem einseitigen arbeiterfreundlichen Standpunkte herantrete, sondern, daß es mir in der Hauptsache darauf ankommt, die hohe Belastung der industriellen Unternehmerschaft hervorzuheben. Ich glaube wohl annehmen zu dürfen, daß durch eine solche Abhandlung eine Lücke in der Literatur ausgefüllt werden wird, die vielleicht geeignet sein wird, dem allzu raschen Tempo der sozialpolitischen Gesetzgebung etwas Einhalt zu tun. Daher habe bei Berliner Großindustriellen viel Entgegenkommen gefunden, muß aber, um zu einem Ziel zu gelangen, meine Wünsche in weiteren Kreisen äußern. Diskretion ist dabei selbstverständlich.

In ausgezeichneter Hochachtung ganz ergebener

gez. Fritz Petzholtz.

Literarisches.

Die illustrierte Welt der Erfindungen erscheinen wöchentlich in Heften à 10 ₰ im Verlage von Ernst Wiest Nachf., G. m. b. H., in Leipzig. Vor uns liegen die Hefte 106—215. Sie beschäftigen sich zum größeren Teile mit dem Beleuchtungswesen. Der Verfasser führt uns von den primitiven Anfängen der Oelbeleuchtung von Stufe zu Stufe bis zur jetzigen Gasbeleuchtungsweise, wobei die früheren kunstreichen Formen der Lampen und Leuchter, die nun häufig nur durch bloße praktische Apparate ersetzt werden, in vortrefflichen Illustrationen veranschaulicht sind.

Auch das Technische findet dabei volle Berücksichtigung, denn wir lernen die verschiedenen Materialien, sowie die Art und Weise der Bereitung von Kerzen kennen.

Bei Besprechung des Gases werden die physikalischen und chemischen Eigenschaften und die Materialien zur Gasbereitung in Betracht gezogen.

In den letzten Heften erfährt der technische Teil in bezug auf die Gasbereitung eingehende Besprechung.

In fein ausgeführten Illustrationen sind verschiedenartige Gasbrenner bis zu den neueren Konstruktionen der Siemensschen Brenner veranschaulicht. Mit der Beschreibung von Heiz- und Kochapparaten endet die Besprechung über das für uns so wichtige und notwendige Gas, das trotz der Konkurrenz der Elektrizität seinen großen Wert für uns voraussichtlich noch auf lange Zeit behalten wird.

Der Verfasser wendet seine Aufmerksamkeit nunmehr einem weitverbreiteten Industriezweige, der Tapetenfabrikation, zu, die er in interessanter Weise von ihren ersten Anfängen an entwickelt.

Dieses nach allen Seiten hin so belehrende und unterhaltende Werk kann anläßlich seiner Billigkeit auch von den Unbemittelten erworben werden und können wir dasselbe besonders jedem Gewerbetreibenden nicht warm genug empfehlen.

„Die Gebildeten und die Sozialdemokratie". Ein erweiterter Vortrag von Max Maurenbrecher. (Leipzig, Verlag der Leipziger Buchdruckerei, A.-G.) Preis 25 ₰.

Der in seinem 29. Jahrgang vorliegende **Neue Welt-Kalender für das Jahr 1905** (Hamburg, Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.) enthält u. a.: Kalendarium. — Postwesen. — 1893—1903 (Statistisches). — Rückblick. — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Frühling. Erzählung von Wilh. Schmidt. — Der Dichter. Gedicht von Karl Henckell. — Die letzten preußischen Landtagswahlen. Von Leo Arons. — Schonet die Augen. Von Dr. R. Sußmann (mit Illustration). — Verlust. Gedicht von Ernst Preczang. — Winke für Gartenfreunde. Von Curt Grottewitz (mit Illustrationen). — Kinderlieder. Von Paul Remer. — Der lange Halm. Erzählung von Wilh. Holzamer. — Die zwei Sensen. Gedicht von Detlev v. Liliencron. — Elektrische Schnellbahnen. Von Bruno Borchardt (mit Illustrationen). — Aus früheren Kämpfen. Von Ed. Bernstein. — Crimmitschau. Von C. Legien. — Th. A. Steinlen. Von Wilh. Holzamer (mit Illustrationen). — Emil Rosenow (mit Porträt). — Der Krieg in Ostasien. Von A. Conrady (mit Illustrationen). — Sprüche. — Fliegende Blätter. — Der Brief. Von C. Buhsse. — Für unsere Rätsellöser. — Trächtigkeits- und Brütekalender. — Hierzu vier Bilder: Aehrenleserinnen — Der Lotse — Junge Mutter — Arbeit. — Ein Dreifarbendruck auf Kunstdruckpapier: Ein Quartett. — Ein Wandkalender.

Briefkasten.

Wellingdorf, Sch. Sie meinen es mit uns nicht gerade übel; ein paar Monate Ruhe wäre uns sicher. So geht das nicht, erst Beweise und Zeugen, beide einwandfrei, dann läßt sich darüber reden. Ihrem Unmut über die Entlassung Vorschub zu leisten, dazu können wir uns nicht hergeben.

Emden. Das Telegramm kam einen Posttag zu spät, und bis zur folgenden Nummer hätte wohl ein Bericht gebracht werden können. Da das nicht geschah und wir nicht wußten, wie die Dinge sich entwickelt hatten, ist die Veröffentlichung der Sperre unterblieben. Die Schuld tragen Sie also selbst.

Fürstenwalde, W. R. Und wie ist das Resultat? Seit Nr. 28 nichts erfahren.

Halle, M. S. Es sind der Reihe nach nur folgende Buchstaben angegeben: J., B., Bd., Sch. Es sind ein Tischler- und drei Zimmermeister. Offenbar schämt sich die „Fachzeitung", die Rechenkünstler bei Namen zu nennen; sind es doch die Ihren, die so vorzüglich das Handwerk zu „heben" verstehen!

Cöln, E. Sch. Es gibt Schulen in Nürnberg, Hamburg, Magdeburg, Berlin, Leipzig. Adressieren Sie nur: An die Direktion der Tischler-Gewerbeschule in X. 2c. Ueber Schulen in kleineren Orten gibt Ihnen der Anzeigenteil unserer Zeitung Auskunft.

Herne, W. H. Zeichnungen für Möbel im Empire- und vlämischen Stil? Uns sind keine Bezugsquellen bekannt.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(E. H. 3 in Hamburg.)

Ueberschüsse sandten ein in der Zeit vom 11. bis 23. Juli: Altona ℳ 600, Mannheim, Schwerin je 500, Weißensee 400, Weinheim, Rabenau je 250, Eiterhagen 240, Dauborn 274,27, Reinickendorf, Rath-Heumar, Knielingen, Erlangen, Tauberbischofsheim, Altenstadt, Flensburg, Nippes, Siegburg, Neu-Isenburg, Düsseldorf, Schwelm, Sindlingen je 200, Zirndorf 180, Ansbach, Plauen b. Dr., Emmerich, Schwäb. Hall, Wetzlar, Landau, Neuwied, Hermülheim, Osnabrück, Schwerte, Hamburg I, Freiberg, Detmold, Camberg je 150, Diesdorf 120, Schönau, Teuchern, Arnstadt, Lützschena, Schwenningen, Forchheim, Schleißheim, Coswig, Naumburg, Ohlau, Schleusingen, Neu-Ulm, Pasing, Coblenz, Cöthen, Duisburg, Jugenheim, Stötteritz je 100, Schleswig, Wintersdorf, Kaltennordheim je 80, Tiegenhof, Wolfenbüttel, Weißenfels je 75, Gumbinnen 70, Mühlheim a. Main 60, Klein-Krotzenburg, Grossenritte, Groß-Dobritz je 50. Summa ℳ 10 559,27.

Zuschüsse erhielten: Berlin G ℳ 800, Hannover, Reudnitz je 500, Lindenau, Cöln II je 400, Heidelberg 300, Cöln I, Spiegelberg, Durlach, Nauheim, Leipzig II, Bremen, Darmstadt, Bamberg, Alte Neustadt, Leipzig III, Bitterfeld, Neuschönefeld, Eisleben, Burg, Oberrad, Neustadt b. L., Hörde, Ladenburg, Bonn, Cannstatt, Sellerhausen je 200, Straßburg, Rheingönheim, Britz, Dessau, Leipzig I je 150, Eckesey, Homburg, Hannover, Rüdigheim, Seckenheim, Osterwieck, Kretzschau, Ried, Bretzenheim, Spandau, Stade je 100, Veitsböchheim, Cobel je 80, Bettenhausen 75, Kulmbach 70, Wilsdruff 60, Posen, Luckenau je 50, Holzhausen 30. Summa ℳ 9445.

Krankengeld an Einzelmitglieder wurde verausgabt: ℳ 1021,61.

A. Huck, Hauptkassierer.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 ₰.)

Altona. Die Versammlung am 8. August fällt aus. Am 17. August: Vortrag vom Kollegen A. Raith-München.
Die Lokalverwaltung.

Burgstädt. Sonntag, den 7. August, Nachmittags 2 Uhr.

Düsseldorf. Dienstag, 2. August, Abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bergerstr. 8. — Sektion der Stellmacher. Jeden ersten Samstag im Monat, Abends 8½ Uhr, bei Georg Fischer, Adlerstr. 44.

Frankfurt a. Main. Sektion der Wagner. Samstag, den 6. August, Abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Am Schwimmbad 8, 2. Et., Zimmer 4.

Halberstadt. Sonnabend, den 6. August, bei Krankemann, Westendorf 25.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Großröhrsdorf. Achtung! Vertrauensmann: **Edwin Bürger**, Bischofswerdaerstr. 227 f; Kassierer: **Heinrich Reinisch**, Kirchstr. 69. **Mitgliederversammlungen** finden jeden ersten Montag im Monat statt, mithin ist der nächste Zahlabend der 1. August. Versammlungslokal: **„Gasthaus zum Anker"** (Guhrs Restauration), alter Saal. Anfang Punkt 7 Uhr.

Günzburg a. d. D. Bis auf weiteres wird hier keine Reiseunterstützung ausbezahlt. Alle Zuschriften sind zu richten an **Joh. Angerer**, Günzburg, Hinter der Pfarrkirche.

Heidelberg. Die Herberge befindet sich im **„Rothen Löwen"**, Haspelgasse 6. Reiseunterstützung und Arbeitsnachweis sind im **„Goldenen Römer"**, Hauptstr. 41.

Oldesloe. Herberge und Arbeitsnachweis befinden sich **Segebergerstr. 34.** Das Umschauen in den Werkstätten und der Möbelfabrik ist streng verboten.

Schorndorf i. R. Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kassierer **Strobel**, Rommelgasse. Daselbst auch Auszahlung der Reiseunterstützung von 6½—7½ Uhr Abends und Sonntags Morgens. Herberge und Verkehrslokal: **„Gasthaus zum Bären"**, Kirchstraße, nahe beim Bahnhof.

Stralsund. Bevollmächt.: **Carl Wegner**, Kl. Diebsteich 6. Kassierer: **Franz Ahrenholz**, Mühlenstr. 34, Hof, part. Die Reiseunterstützung wird im **Gewerkschaftshaus** vom Oekonomen **Nagel** vom 1. August ab ausbezahlt.

Berlin.

Achtung, Holzarbeiter!

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen, **Alexanderstraße 31, ist streng zu meiden.**

Der
Zentral-Arbeitsnachweis
der
Holzarbeiter aller Branchen
wie **Tischler, Pianofortearbeiter, Drechsler, Parkettbodenleger, Modelltischler, Stellmacher, Bürstenmacher, Korbmacher,** auch für **Stockarbeiter, Jalousiearbeiter, Rahmenmacher, Perlmutterarbeiter** und **Kammmacher** befindet sich
Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus, Zimmer 11.

Daselbst auch Auszahlung der Reiseunterstützung und Herberge.

Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Frankfurt a. M.

Arbeitsnachweis der Holzarbeiter
im Gewerkschaftshaus, Stoltzestr. 18, 2. Et., Telephon: 1878.

Kostenlose Vermittlung für Bau-, Möbel-, Maschinen-, Modell- und Kistenschreiner, Anschläger und Parkettleger, Bürsten- und Pinselmacher, Wagner (Stellmacher) und die in diesen Berufen beschäftigten Maschinen- und Hülfsarbeiter. Stellenausgabe jeden Werktag, Vormittags von 9—10 und Nachmittags von 4—5 Uhr. Daselbst auch Auszahlung der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung.

Umschauen streng verboten!

Die Ortsverwaltung.

Der Schreiner **Ernst Probst**, geb. 9. April 1880 zu Halle a. d. S., wird gebeten, seine Adresse an mich gelangen zu lassen.
Ernst Schade, Former,
Ravensburg, Charlottenstr. 27.

Verschollen ist seit 4. Juli d. J. der Tischler **Eduard Dittmann a. Spandau**, geb. 21. Aug. 59 zu Rathenow. Personen, welche irgend eine Auskunft über den Verbleib des Verschollenen geben können, werden ersucht, sich mit Frau **Dittmann, Spandau**, Neundorferstr. 6, in Verbind. zu setzen.

Kollege **Heinr. Brenhl** aus Halberstadt sende Deine Adresse an Deinen Schwager
Wilh. Papendieck,
Halberstadt, Paulsplan 29.

Zwei junge Tischlergesellen finden dauernde Arbeit bei
W. v. Hemm, Brunsbüttelhafen.

Zum baldigen Eintritt und für **dauernde Stellung** ein durchaus **tüchtiger** und **gewandter**

Holz-Polierer

für feine Arbeit gesucht.
Offerten unter **F. G. F. 245** an
Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.

☞ Einige tüchtige, jüngere **Tischler** und **Drechsler** werden sofort in dauernde Stellung gesucht. Schriftliche Meldung erbeten an
Harzer Werke „Glück auf!"
Dr. Rud. Alberti,
Eisenhütte b. Goslar.

Tischler auf **Polstergestelle,** nur selbständige saubere Arbeiter, sucht
B. Jacobs, Halle a. d. S.,
Friedrichstr. 28.

Zwei Tischlergesellen
sucht sofort auf dauernde Arbeit
Rud. Rath, Bau- und Möbeltischlerei,
Lübtheen i. M.

Tüchtige **Horndrechsler** sofort für dauernd gesucht. **H. Hildebrandt, Döbeln i. S.**

Zwei tüchtige Drechsler, welche in der Fabrikation von Massenartikeln, wie Säulen, Spitzen und Füßen, durchaus bewandert sind, finden dauernde Stellung in der Drechslerwarenfabrik von **Wilh. Möller** in **Bodenwerder a. W.**

Zwei Drechsler, auch Verheiratete, auf dauernde Arbeit sucht sofort
Fr. Reimers, Bützow i. Meckl.

Ein zuverlässiger Mann zur Bedienung der Kehl- und Abrichtmaschine findet sofort dauernde und lohnende Beschäftigung. Verheir. Bewerber bevorzugt.
Friedr. Wohlhaupt, Bau- u. Möbelgeschäft,
Helbra b. Eisleben.

Auf sofort ein tücht. **Stellmacher** gesucht.
Aug. Schmidt, Stellmachermeister,
Burgstemmen, Station Roggenburg.

Stellmacher auf dauernde Arbeit gesucht.
J. Tapken, Wilhelmshaven.

Zwei tüchtige **Stellmachergesellen** finden dauernde Beschäftig. Höchster Lohn zugesichert.
Josef Bielen, Stellmacherei u. Wagenbauerei,
Bonn a. Rh., Franzstr. 25.

Zwei tüchtige Handrundschneider,
die auch zurichten können, zu sofort gesucht.
J. Dornbusch, Korkenfabrik,
Bonn a. Rh.

Korbmachergehülfen

auf grün Matt und Geschlagen sucht für **dauernd** (Winterarbeit)
Herm. Kühn, Kötzschenbroda i. S.

Gesucht sofort ein tüchtiger **Korbmacher** auf Geschlagen, der auch Reparatur mit übernehmen kann, auf dauernde Beschäftigung.
H. Ahrends, Rendsburg.

Ein **Korbmachergeselle** findet auf Grün (rund) dauernde, lohnende Beschäftigung bei gutem Material bei
Emil Krause, Korbmachermeister,
Angermünde.

Korbmacher
auf Mattarbeit nach der Schweiz gesucht, dauernde, schöne Stelle.
H. Wüst, Korbflechterei,
Lupfig, Kanton Aargau (Schweiz).

Korbmacher,

Gestellarbeiter, nur wirklich flotte, auf Paddigrohrmöbel eingearbeitete Leute, sucht auf guten Akkordlohn **Ernst Mathesius,**
Gautzsch-Leipzig.

Gesucht drei Korbmachergehülfen
auf **Rohrarbeit** sowie **zwei Gehülfen** auf **Reisekörbe,** Zoll 14 ℔. Dauernde Stellung zugesichert. **C. Hoffmann,** Korbfabrik,
Cassel, Sedanstr. 6.

Suche sofort oder später zwei jüngere **Korbmachergesellen** auf weiße geschlagene Arbeit bei gutem Lohn.
Wilh. Taeger, Korbmacher,
Heldrungen i. Th.

Tüchtige **Korbmacher** auf Rohrarbeit erhalten dauernde Beschäftigung.
H. Theilmann, Korbfabrik,
Neustadt a. d. H. (Rheinpfalz).

Zwei Korbmacher auf grüne Mattarbeit, Kartoffelkörbe, zum 31. Juli gesucht
F. Reichert, Garbelegen.

Drei Korbmacher auf grüne Mattarbeit und Rohrarbeit gegen hohen Lohn auf sofort gesucht. Nach dreiwöchiger Arbeit wird bis *M.* 4 vergütet. **C. Müller,**
Salzkotten i. Westf.

Ein Korbmacher auf Geschlagen u. Grün, **zwei Mattarbeiter** für sofort gesucht.
A. Müller, Wolgast.

Bau- und Möbeltischlerei

mit **Maschinenbetrieb,** in einer Industriestadt Thüringens mit 85 000 Einw., wird wegen größerer Unternehmungen Käufer oder Teilhaber gesucht bei weniger Anzahlung, event. nur verpachtet. Offerten unter **A. U. 139** an die „Holzarbeiter-Ztg." erbeten.

Für Tischler!

Eine **Tischlerei** mit 8 Bänken und sämtl. Zubehör ist sofort zum 1. Oktober zu verkaufen. Wohnung und Werkstelle sind auf längere Jahre zu vermieten. Off. unter **M. Sch. 138** an die Exp. d. Bl.

Tischler-Fachschule Gotha.
Gründliche Ausbildung zum Meister, Werkführer, Zeichner.
Prospekte gratis.

Wegen Todesfalles meines Mannes verkaufe ich sämtliches

Drechsler-Werkzeug,

1 gute **Drehbank** mit Werkzeug, 1 **Hobelbank** mit 6 Hobeln, 1 Satz von 6 **Schneidezeugen,** 1 **Schraubstock** mit Tisch. Kaufangebote unt. **B. M. 140** erbitte an die Expedition d. Bl.

Ia Korbmacherwerkzeuge.
Versand nach allen Gegenden.
Richard Sundfeld,
Hamburg-St. Pauli, Pinnasberg 16/17.

Der Modelltischler.

Praktische Anleitung zur Anfertigung von Modellen und Schablonen für den Eisen-, Stahl- und Metallguß von **Fr. Wilh. Hesse,** Modellschreiner in Duisburg. Preis *M.* 4,50.

Zu beziehen durch die Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung".

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl.
Zeichner, Werkführer, Meister.

Tischler-Fachschule Detmold
für Bau- und Möbelschreiner.
Gesetzliche Meisterprüfung.
Werkführer- und Technikerkurse.
Programm frei. Dir. **Reinecking.**

Lassalle-Messer

mit 2 garantiert schnittfähigen Stahlklingen und Korkzieher. Schalen fein geprägt mit dem Bildnis Lassalles, linke Seite dito mit den Worten „Freiheit" und „Es werde Licht". Damit sich jeder von der Güte des Messers überzeugen kann, sende ich selbiges gegen Einsendung von *M.* 1,70 oder Nachnahme kostenlos.

P. Theissen, Höhscheid-Solingen, Messerstraße.

NB. Das Messer ist in Wirklichkeit viel schöner als Abbildung.

Deutsche Fachschule für Drechsler und Bildschnitzer
in **Leipzig.**
Lehr- und Uebungswerkstätten für **Drechslerei, Schnitzerei** und **Tischlerei.**
Unterricht in Theorie und Praxis.
Prospekte und nähere Auskunft durch **die Direktion.**

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26—36 Eilbeck Pappel-Allee 26—36

Fabrik chemischer Produkte.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattîne, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.

Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen.

Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Ware zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswert und von ff. Qualität.

Paul Horn liefert Ia. rectifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.

Paul Horn ist ☞ „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889."

Paul Horn erhielt das ☞ Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.

Paul Horn besitzt das ☞ Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille", Lübeck.

Verlag: A. Röske, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., beide in Hamburg.